Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal, am Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher.)
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 69. **Sonnabend, den 29. August 1925.** **28. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Beschlüsse der Reichsregierung zur Preissenkung sehen scharfe Maßnahmen gegen Auswüchse des Kartell- und Preiskonventionswesens vor.

* Reichspräsident von Hindenburg hat dem Obermeister Plate zu seinem 25jährigen Jubiläum als Vorsitzender des Deutschen Handwerker- und Gewerbekammertages eine bronzene Adlerplakette mit ehrendem Handschreiben verliehen.

* Durch Notverordnung hat die Regierung des Freistaates Sachsen eine sofort in Kraft tretende Amnestie für politische Vergehen verkündet.

* Die Stockholmer Kirchenkonferenz will ihre Stellung zu den internationalen Fragen und zu dem Völkerfrieden in einer „Botschaft an die Christenheit" zum Ausdruck bringen.

* In Paris ist die deutsche Antwort mit der Zustimmung zu juristischen Vorverhandlungen in der Sicherheitsfrage eingetroffen, die Montag beginnen sollen.

Mündliche Verhandlungen.

Mit der Bekanntgabe der französischen Note über die Sicherheitsfrage in Berlin kann vorerst der Notenwechsel in der Frage des Sicherheitspaktes als abgeschlossen gelten. Die französische Regierung hat dies selbst in ihrem Schriftstück zum Ausdruck gebracht, indem sie auf das Wünschenswerte mündlicher Verhandlungen hinwies. Der französische Botschafter sprach bei der Überreichung des Dokuments noch besonders den Wunsch aus, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens möglichst bald zu Vorerörterungen zusammentreten möchten, damit nach Beendigung dieser juristischen Besprechungen die Außenminister der Staaten die Verhandlungen fortführen könnten. Dem stimmte die deutsche Regierung zu und sandte sofort eine kurze Antwort nach Paris ab, worin sie ihre Bereitwilligkeit zu unverbindlichen juristischen Vorsprechungen bekundete. Gleichzeitig bestimmte sie den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte, Dr. Gauß, zu den Verhandlungen, die, wie es heißt, schon am nächsten Montag in London beginnen sollen. Dort soll die formelle Grundlage für eine Zusammenkunft der Außenminister geschaffen werden.

*

Standpunkt der Reichsregierung.

Zu dem ersten Eindruck, den die französische Note in Berliner Regierungskreisen hervorgerufen hat, wird uns aus politischen Kreisen auf Grund der halbamtlichen Darlegungen geschrieben:

Wenn man nicht nur die Note selbst betrachtet, sondern auch die Begleitumstände mit berücksichtigt, so kann man, wenn man optimistisch veranlagt ist, zu der Ansicht gelangen, daß hier zwei Dinge nebeneinander herlaufen, einmal die Note selbst und dann die mündlichen Verabredungen, die bei der Übergabe getroffen wurden. In diesem Falle dürfte der letzteren Tatsache die größere Bedeutung zukommen. Denn während die Note sich über die in Angriff zu nehmende Juristenkonferenz nur undeutlich ausdrückt, sollen sowohl der französische Botschafter wie auch die Vertreter Englands und Belgiens bestimmte Vorschläge in dieser Beziehung gemacht haben. Der Note selbst käme dann nur die Rolle eines Beruhigungsschreibens zu, dazu bestimmt, die Hauptschreier im französischen Lager zu besänftigen.

Da die deutsche Regierung es selbst für unzweckmäßig hält, den Notenwechsel fortzusetzen, so hat sie natürlich davon abgesehen, sich noch einmal ausführlich gegenüber der französischen Regierung zu äußern. Sie hat es aber nichtsdestoweniger für erforderlich gehalten, wenigstens der deutschen Öffentlichkeit ihre Meinung über die schwebenden Fragen zu sagen. Dabei wird zuerst hervorgehoben, daß die diesmal in der französischen Note vertretene Anschauung in einer weniger starren Form zum Ausdruck kommt, als es früher der Fall war. Es wird ihr also eine gewisse Höflichkeit attestiert. Über den sachlichen Wert scheint man sich aber in maßgebenden deutschen Kreisen noch im unklaren zu sein. Man betont, daß die einzelnen Wendungen der Note ausdeutungsfähig sind und sowohl zur optimistischen wie zur pessimistischen Auslegung hin Raum geben.

Sehr ausführlich beschäftigt sich die deutsche Verlautbarung mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Daraus kann man erkennen, daß die Reichsregierung auf ihrem alten Standpunkt stehenbleibt. So wird der in der französischen Note erhobene Vorwurf zurückgewiesen, daß das Fernbleiben Deutschlands vom Völkerbunde die allgemeine Abrüstung verhindere. Dadurch, daß in Versailles schon gestellte Verlangen Deutschlands, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, zurückgewiesen wurde, hätten sich, so heißt es, ihrer eigenen Ansicht nach die Alliierten selbst der Grundlage beraubt, durch die Zugehörigkeit Deutschlands die Idee der allgemeinen Abrüstung praktisch durchzuführen. Gegenüber der französischen Verweisung Deutschlands wegen seiner Vorbehalte an den Völkerbund wird die Richtigkeit der Tatsache zugegeben, daß diese Frage zwischen Deutschland und dem Völkerbunde selbst gelöst werden müsse. Sehr richtig ist aber auch die Bemerkung, daß Frankreich und England doch dort über den entscheidenden Einfluß verfügten, der nur ausgeübt zu werden brauchte, um Deutschlands Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nicht ohne Geschick wird dann noch einmal der deutsche Standpunkt in der Frage der moralischen Schuld und die Forderung nach kolonialer Betätigung unterstrichen.

Mit besonderem Nachdruck wird schließlich hervorgehoben, daß es mit dem Gedanken der Versöhnung und Verständigung, dem doch der Sicherheitspakt dienen soll, schwer vereinbar ist, wenn die erste rheinische Zone aus so nichtigen Gründen noch immer besetzt ist. In nicht mißzuverstehender Weise heißt es, daß das Zustandekommen des Paktes nicht möglich ist, wenn diese Frage nicht gleichzeitig mit gelöst wird. Je früher, so heißt es, dieses Hindernis einer endgültigen Verständigung beseitigt sei, um so eher werde dadurch auch diejenige Einstellung des deutschen Volkes gewonnen werden, die die notwendige Voraussetzung dafür sei, daß die Bemühungen der Reichsregierung in dieser Frage auch von dem Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen würden.

*

Gleichberechtigung und Kölns Räumung.

In der halbamtlichen deutschen Mitteilung heißt es wörtlich:

Deutschland glaubt erwarten zu können, daß dieser Einfluß Frankreichs und seiner Alliierten auch dazu benutzt werden wird, um bezüglich des deutschen Standpunktes in der Frage der tatsächlichen Gleichberechtigung Deutschlands dessen berechtigten Wünschen zu entsprechen. Deutschland fordert keine Sonderrechte für sich, sondern wünscht, daß für alle Völker, die in der gleichen Lage sind wie Deutschland, der Gesichtspunkt ihrer allgemeinen Entwaffnung oder der Gesichtspunkt der geographischen und wirtschaftlichen Lage bei Fragen der Völkerbundexekutive entscheidend berücksichtigt wird. — Die Verhandlungen über das Zustandekommen des Sicherheitspaktes stehen unter dem Gesichtspunkt der Versöhnung und

Regierungsschritte zur Preissenkung

Verbot preistreibender Abreden.

Berlin, 28. August.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den verschiedenen in Frage kommenden Körperschaften und Vertretern der Wirtschaft haben nunmehr zum Erlaß bestimmter Verordnungen geführt, die jetzt amtlich bekanntgegeben werden. In erster Linie sind die Maßnahmen gegen Auswüchse der Kartelle gerichtet. Auch die Reichsbank hat dahin Beschluß gefaßt, die Regierungsschritte gegen Mißstände bei den Kartellen und sonstigen Preiskonventionen zu unterstützen.

Die Verfügungen richten sich in erster Linie gegen Verabredungen innerhalb bestimmter Gewerbe- und Industriegruppen, die geeignet sind, Preise zu übersteigern oder zu hohe Preise aufrechtzuerhalten. Auch in dieser Beziehung einflußreichen Einzelunternehmungen soll entgegengetreten werden.

Die Beschlüsse

behandeln das zu beobachtende Vorgehen und besagen:

Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflußreichen Einzelunternehmungen ausgehen, werden künftig alle Machtmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden, und zwar auch dann, wenn diese Kartelle usw. sich nur auf Teile des Reichsgebietes, zum Beispiel nur auf einzelne Länder oder Gemeinden, erstrecken.

Dabei soll dieses behördliche Einschreiten nicht nur im Verwaltungswege, sondern auch im weiteren Umfange, als dies bei der bisherigen Wirtschaftslage notwendig war, durch Klage vor dem Kartellgericht erfolgen. Klauseln, die ein preissteigernde Wirkung haben können oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schädlich sind, werden künftig im Sinne des § 4 der genannten Verordnung als die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl schädigend angesehen werden. Hierzu gehören u. a.: Repartierungsklauseln, Goldklauseln, Geldentwertungsklauseln, Klauseln, die eine gleitende oder freibleibende Preisbewegung zum Ziele haben, Treuabattklauseln, Klauseln über die Preisbildung der folgenden Wirtschaftsstufen, Gegenseitigkeits- und Ausschließlichkeitsklauseln. Falls die Durchführung dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Verschärfung der Kartellverordnung vorschlagen. Insbesondere wird dazu eine Abänderung der genannten Verordnung derart in Aussicht genommen, daß im Verkehr mit Lebensmitteln Verträge oder Beschlüsse der in § 1 der genannten Verordnung bezeichneten Art von jedem Beteiligten auch ohne wichtigen Grund fristlos gekündigt werden können, wenn sie Verpflichtungen über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen für Lebensmittel enthalten.

Herstellung der freien Konkurrenz, keine Geschäftsaufsicht mehr.

Das Reich wird in Anknüpfung an bereits ergriffene Maßnahmen innerhalb der Reichsressorts mit den Ländern und Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfange wieder zur Geltung kommt. Die Einführung einer Pflicht zur Bekanntgabe aller bei Abgabe der Offerten eingegangenen Preisbindungen wird dazu erforderlich werden. Vereinbarungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gesetzlich unter Strafe gestellt werden. Den gesetzgebenden Körperschaften wird ein Gesetzentwurf zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht, die mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 zur Abwendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursänderung vorgelegt werden.

Herabminderung der Zinssätze.

Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldsätze entsteht, vielmehr der Antrieb für ihre Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden, wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundsätze bei der Ausleihung öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten.

Aufforderung an die Bevölkerung.

Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten, auf, im eigensten Interesse die eingeleitete Gesamtaktion zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Auswirkung der Steuerermäßigungen, insbesondere der Umsatzsteuer auf 1%, in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitestgehende Unterstützung; die zuständigen Ressorts werden Verhandlungen in diesem Sinne aufnehmen.

*

Die Mithilfe der Reichsbank.

Das Reichsbankdirektorium hat dazu folgenden Beschluß gefaßt: „Das Reichsbankdirektorium ist den Maßnahmen und Absichten der Reichsregierung in der Richtung des Preisabbaus in vollem Umfange beigetreten und wird der Durchführung derselben in seinem Dienstbereich jede nur mögliche Unterstützung leisten. Insbesondere wird die Reichsbank bei ihrer Kreditpolitik auf Auswüchse der Kartelle und Preiskonventionen systematisch achtgeben und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0001

Verständigung und der daraus sich ergebenden endlichen Befriedung der Verhältnisse in Europa. Daß damit eine weitere Aufrechterhaltung der nach deutscher Ansicht vertragswidrig besetzten ersten rheinischen Zone nicht vereinbar ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Daß das Zustandekommen des Pakts nicht möglich ist, wenn diese Frage nicht gleichzeitig damit gelöst wird, ist von maßgebender deutscher Seite wiederholt und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht worden.

Deutsche Antwort in Paris.

Berlin, 27. August.

Die kurze deutsche Antwort, mit der die Zustimmung zu juristischen Vorverhandlungen bekanntgegeben wurde, ist in Paris eingetroffen. Sie konnte jedoch noch nicht überreicht werden, da die französische Regierung den Zeitpunkt des Empfanges noch nicht festgelegt hatte. Nach der Überreichung soll sie veröffentlicht werden.

Eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist nicht geplant. Wie in einem Schreiben des Ausschußvorsitzenden Dr. Hergt an die Mitglieder gesagt wird, trägt die Antwort nach Paris nur den Charakter einer Zwischennote und grundsätzlich wird an der bisherigen Sach- und Rechtslage nichts geändert. Deshalb wird auf die Einberufung des Ausschusses vorläufig verzichtet.

Aufnahme in der Presse.

Von den größeren Organen der rechtsstehenden Presse sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die französische Note könne als der Versuch charakterisiert werden, ihren Standpunkt als eine Grundlage hinzustellen, die für beide Teile maßgebend sei. Dieser Standpunkt sei von deutscher Seite mit aller Schärfe abzulehnen. Ein Abschluß um jeden Preis dürfe niemals in Frage kommen. Die „Deutsche Tageszeitung" betont, trotz aller Worte stände noch immer Note gegen Note. Eine Grundlage für wirkliche Verhandlungen sei auch jetzt noch nicht gefunden. Die „Kreuzzeitung" äußert sich dahin, die Note sei in keiner Weise dazu angetan, die deutschen Bedenken gegen einen Eintritt in den Völkerbund auch nur im geringsten zu zerstreuen. Der „Tag" schreibt: Die Note ist für Frankreich vollständig unverbindlich. Keine der schwebenden Fragen ist aus der Welt geschafft. Wir stehen da, wo wir vor Monaten standen, ehe der Notenwechsel begann.

Eine gewisse Zurückhaltung macht sich auch bei der Linkspresse bemerkbar. So bemängelt das „Berliner Tageblatt", daß der eigentliche Sicherheitspakt, für den Deutschland ja mehrere Vorschläge zur Auswahl angeboten habe, nicht einmal angeschnitten worden sei. Die eigentliche Arbeit beginne also erst. Auf deutscher Seite werde es an gutem Willen nicht fehlen, aber guter Wille auf unserer Seite genüge nicht, um alle die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die diese Note noch nicht beseitigt habe. Die „Vossische Zeitung" meint bei Erwähnung der Möglichkeit mündlicher Verhandlungen, es würde tatsächlich schwer sein, auf die französische Note so zu antworten, daß man in der Sache weiterkomme. Sie behalte alle Rechte vor, lasse aber auch alle Möglichkeiten des Entgegenkommens offen. Auf die mündlichen Verhandlungen komme nun wirklich alles an. Der sozialdemokratische „Vorwärts" schließlich erklärt, der sachliche Inhalt der Note zeige Fortschritte und Verbesserungen gegenüber der früheren Note, die auch durch die deutsche Regierung als Fortschritte anerkannt würden. Die Note bemühe sich, die Bedenken zu zerstreuen, die von der deutschen Regierung aufgeworfen worden waren.

Hindenburg an das Handwerk.

Ehrung des Obermeisters Plate.

Bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Lübeck feiert gleichzeitig der Obermeister Plate, einer der beiden Ehrenmeister des deutschen Handwerks, sein 25jähriges Jubiläum als Vorsitzender dieser Körperschaft. Wegen seiner außergewöhnlichen Verdienste um das deutsche Handwerk hat ihm der Herr Reichspräsident in Anerkennung an einige seltene frühere Fälle, in denen führende deutsche Männer in ähnlicher Weise geehrt worden sind, eine bronzene Adlerplakette verliehen, welche die Inschrift trägt: „Harry Plate, dem Vorkämpfer und Führer des deutschen Handwerks 1900—1925."

Zugleich hat Reichspräsident von Hindenburg an Plate ein Handschreiben gerichtet, in dem der Reichspräsident dem Obermeister seine Wünsche in herzlichster Form ausspricht. In dem Schreiben heißt es: „Dem deutschen Handwerk war Ihr Wirken eine Quelle der Kraft. Das berufsständige Gefüge und die staatsbürgerliche Geltung des Handwerks stehen nicht zuminbest dank Ihrer Tätigkeit gefestigt da. Neben den wirtschaftlichen Interessen haben Sie die sittlichen Werte nie vergessen und über die Sorge für den Berufsstand stets die Sorge für das deutsche Vaterland gestellt."

*

Die Meldung des Völkischen Kuriers in München, Reichspräsident von Hindenburg beabsichtige, dem Reichstagsabgeordneten General Ludendorff einen Besuch abzustatten, wird von zuständiger Stelle als jeder Begründung entbehrend erklärt.

Um die Ein- und Ausfuhrverbote.

Der Landbund an den Reichskanzler.

Berlin, 27. August.

Zu der verbreiteten Nachricht, daß zum 1. Oktober der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung abgebaut und daß mit dem gleichen Zeitpunkt die Ein- und Ausfuhrverbote bis auf einen geringen Rest aufgehoben werden sollen, wird halbamtlich bemerkt, es sei in Aussicht genommen, mit dem Inkrafttreten des Hauptteils der neuen Zolltarife zahlreiche Einfuhrverbote aufzuheben. Über den Umfang dieser Aufhebung und ihren Zeitpunkt sind Entschließungen aber noch nicht getroffen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Landwirtschaft haben in einer Beratung übereinstimmend bekundet, aus allen Landesteilen kämen Meldungen über schwere Absatzstockungen auf dem Getreidemarkt. Abhilfe für diesen Notstand könne nur durch unverzügliche Einführung des Einfuhrscheinsystems geschaffen werden, weil dann die notwendige Ausfuhrmöglichkeit geschaffen werde, die jetzt nicht vorhanden sei. Der Präsident des Landbundes hat die Beschlußfassung dem Reichskanzler mitgeteilt mit dem Bemerken, wenn keine Abhilfe eintrete, drohe die Gefahr des Erliegens intensiv arbeitender Betriebe der Landwirtschaft.

Inhalt der deutschen Antwort.

Berlin, 27. August.

Über den Inhalt der nach Paris auf die französische Note gesandten Antwort verlautet, daß die deutsche Regierung noch einmal ihre Note vom 20. Juli als Grundlage der bevorstehenden mündlichen Verhandlungen bezeichnet hat. Diese Note beruht auf einem einstimmigen Kabinettsbeschluß, der für das Ministerium des Äußeren bindend ist, solange er nicht durch einen neuen Kabinettsbeschluß geändert oder aufgehoben wird. Ferner erklärt die deutsche Regierung ihr Einverständnis mit dem Vorschlag, von weiteren schriftlichen Auseinandersetzungen abzusehen und eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege mündlicher Erörterungen zu suchen. Sie weist darauf hin, daß die bevorstehende Juristenbesprechung nur einen informatorischen Charakter haben könne. Der deutsche Bevollmächtigte sei jedenfalls nicht befugt, politische Fragen zu erörtern oder bindende Erklärungen für die Regierung abzugeben. Da die Note auf sachliche Fragen überhaupt nicht eingeht, ist sie natürlich ganz kurz.

Sächsische Amnestie durch Notverordnung

Dresden, 27. August.

Das Gesamtministerium hat im Wege der Notverordnung eine sofort in Kraft tretende Amnestie für politische Straftaten im Umfange des Reichsamnestiegesetzes vom 17. dieses Monats beschlossen. Im übrigen ist für die bei den sächsischen Gerichten anhängig gemachten politischen Straftaten auf Grund der Landtagsentschließung vom 12. März und der Landtagsverhandlungen vom 7. Juli bereits in weitestgehendem Maße durch Einzelverfügung Straferlaß gewährt worden. Sachsen hat damit schon vor der Reichsamnestie die Maßnahmen vorwegenommen, die in anderen Ländern jetzt im Wege der Gesetzgebung getroffen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Zeppelin-Eckener-Spende.

Der Vorbereitende Ausschuß für die Zeppelin-Eckener-Spende teilt mit, daß für die Zeppelin-Eckener-Spende des deutschen Volkes ein Girokonto bei der Reichsbankhauptstelle in Berlin eingerichtet ist. Sämtliche Reichsbankanstalten und die Dienststellen der Reichsbankhauptstelle sind vom Reichsbankdirektorium angewiesen, Einzahlungen für die Zeppelin-Eckener-Spende gebührenfrei anzunehmen und weiterzuleiten. Der Senat der Stadt Hamburg hat verfügt, daß sämtliche öffentlichen Kassen Beiträge für die Zeppelin-Eckener-Spende annehmen.

Amnestie in Bayern.

Das Reichsgesetz über Straffreiheit ist am 20. August verkündet worden. Es bezieht sich auf politische Straftaten in beschränktem Umfange und findet nur auf Urteile der Gerichte des Reiches und auf Strafverfahren Anwendung, die bei Gerichten des Reiches und bei der Reichsanwaltschaft anhängig sind. Für Bayern ist nach amtlicher Mitteilung ein allgemeiner Gnadenerlaß ähnlichen Umfanges in Aussicht genommen. Eine solche Maßnahme kann jedoch nur vom Landtag durch Gesetz beschlossen werden. Sobald der Landtag wieder versammelt ist, wird ihm ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden. Härten, die sich aus dieser Verzögerung ergeben könnten, werden durch Einzelbegnadigungen ausgeglichen werden.

Frankreich.

× **Englischer Vorschlag für Frankreichs Schuldenzahlung.** Finanzminister Caillaux, der in London wegen der Schuldangelegenheit verhandelte, ist nach Paris zurückgekehrt. Er wird dem Kabinettsrat die Vorschläge der englischen Regierung unterbreiten. Der englische Vorschlag zur Zahlung von 12½ Millionen Pfund jährlich für 62 Jahre wird von der Pariser Presse als ein bedeutsamer Erfolg des französischen Finanzministers angesehen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichskanzler Dr. Luther wird jetzt nach Überreichung der französischen Note mehrere Wochen in Ferienurlaub verbringen, ebenso, verreisen noch andere Reichsminister.

Hamburg. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist zu kurzem Aufenthalt in Hamburg eingetroffen, um mit Führern der Deutschen Volkspartei vertrauliche Rücksprache zu nehmen.

Paris. Nach einer Meldung aus Beirut ist es den Drusen gelungen, bei einem neuen Angriff auf Damaskus in die Vorstadt einzudringen.

La Paz. Luis Paz, Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes, ist zum vorläufigen Präsidenten der Republik Bolivien ernannt worden. Es ist noch nicht entschieden, ob er ein besonderes Wahlkollegium zusammenberufen oder die Neuwahlen durch das Parlament vornehmen lassen wird.

Schanghai. Hier kamen blutige Unruhen zum Ausbruch, bei denen es zwei Tote und viele Verwundete gab.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 27. August.

* **Börsenbericht.** Es lagen umfangreichere Kaufaufträge seitens des Publikums und des Auslandes vor als an den letzten Tagen, dazu kam noch ein verstärktes Deckungsbedürfnis der Spekulation. Die Börse konnte daher in fester Haltung einsetzen, die sich im weiteren Verlauf sogar noch verstärkte. Der Markt der inländischen Anleihen war ruhig und leicht befestigt. Am Geldmarkt zogen die Sätze infolge der erhöhten Ultimoanforderungen weiter an, und zwar notierte tägliches Geld 8—9,50 %, monatliches Geld 10,50—11,50 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,37—20,42; holl. Gulden 169,02—169,44; Danz. 80,80 bis 81,00; franz. Frank 19,73—19,77; belg. 19,02—19,06; schweiz. 81,30—81,50; Italien 15,72—15,76; schwed. Krone 112,63—112,91; dän. 104,32—104,58; norweg. 88,15 bis 88,35; tschech. 12,43—12,47.

* **Produktenbörse.** Die Festigkeit des Berliner Marktes hat das Inland zu großer Zurückhaltung in seinen Offerten veranlaßt, bzw. seine Forderungen wieder merklich erhöht. Die flauen Nachrichten Amerikas blieben fast unbeachtet, zumal man weitere Verhandlungen bezüglich der Anträge auf schnellere Einführung des Einfuhrscheinsystems erwartet und überdies die Einfuhrzölle binnen wenigen Tagen in Kraft treten. Wie die Preise für Abladung in Weizen wie in Roggen bei vermehrter Nachfrage gesteigert sind, so wurde auch Lieferung in Weizen wie in Roggen in Deckung gesucht und zog ebenfalls im Preise an. Gerste blieb noch reichlich im Markt, höhere Forderungen sind schwer durchzusetzen. Mittteldeutschland kauft nicht, bietet sogar manche früheren Käufe wieder an. Hafer ebenfalls weniger angeboten und fest. Mehl hat mehr Frage, aber höhere Forderungen sind kaum zu erzielen.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	27. 8.	26. 8.		27. 8.	26. 8.
Weiz., märk.	220-225	217-220	Weizkl. f. Brl	12,8-12,9	13,0
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	12,5	12,6
Rogg., märk.	168-175	165-172	Raps	355-365	355-360
pommerscher	—	160-165	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	155-163	Viktor.-Erbs.	25-31	26-33
Futtergerste	—	—	kl. Speiseerbs	—	—
Braugerste	180-185	181-185	Futtererbsen	21-23	21-23
Hafer, märk.	170-178	167-175	Peluschken	—	—
pommerscher	163-170	160-167	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	26-29	26-29
Weizenmehl			Lupin., blaue	12,5-14	12,5-14
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	—	—
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	16	16,1-16,3
Mrk. u. Not.)	31,2-34,2	30,7-33,7	Leinkuchen	22,5-22,6	22,8-23
Roggenmehl			Trockenschzl.	12,0-12,1	12-12,3
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	21,2-21,5	21,8
Berlin br.			Torfml. 30/70	9-9,2	9,5
inkl. Sack	24,5-26,5	24,2-25,7	Kartoffelfl.	20-20,2	21

* **Riesengewinne der französischen Banken.** Der Streikausschuß der Bankangestellten gibt durch Maueranschläge die Gewinne der Banken bekannt. 38 Banken haben im Geschäftsjahr 1924 einen Reingewinn von 520 750 000 Frank erzielt. Fast sämtliche Banken verheimlichen ihren wahren Gewinn. So hat der Credit Lyonnais einen Gewinn von einer Milliarde Frank verheimlicht. Die Aktionäre des vorgenannten Bankinstituts haben in diesem Jahre Beträge von 660 000 bis zwei Millionen Frank erhalten.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Der Herr Minister für Volkswohlfahrt hat folgende Anordnung erlassen:

„Auf Grund des § 1553 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1925 (Reichsgesetzblatt S. 97) wird mit Wirkung vom 1. August 1925 ab bestimmt, daß die Unternehmer von Betrieben, die der **gewerblichen Unfallversicherung** unterliegen, die **Anzeige** über einen Unfall an die Ortspolizeibehörde **schriftlich** unter Beifügung einer Abschrift zu erstatten haben und daß die Ortspolizeibehörde die Abschrift an den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten weiterzugeben hat."

Indem ich obige Bestimmung zur öffentlichen Kenntnis bringe, ersuche ich die Ortspolizeibehörden des Kreises, für ortsübliche Bekanntgabe der Bestimmung Sorge zu tragen und entsprechend zu verfahren.

Torgau, den 4. August 1925.

Der Landrat. Wehr.

Vorstehendes wird den Betriebsunternehmern hiermit zur Kenntnis und Nachachtung gebracht.

Annaburg, den 28. August 1925.

Der Amts-Vorsteher.

Betrifft den Verkehr mit Vieh und Fleisch.

Die Verordnung vom 15. Juli 1923 über den Verkehr mit Vieh und Fleisch ist durch Reichsgesetz vom 10. August d. Js. (Reichsgesetzblatt I, S. 185) größtenteils aufgehoben worden. Es sind danach insbesondere die Viehhandelserlaubniskarten ab 15. d. Mts. in Wegfall gekommen.

Torgau, den 17. August 1925.

Der Landrat. Wehr.

Bekanntmachung.

Die **Ziegenbocklörung** in den Gemeinden **Annaburg** und **Purzien** ist auf **Donnerstag, den 3. September, nachmittags 5 Uhr** im Gasthof „Zur Weintraube" hierselbst festgesetzt. Die Bockhalter haben mit den anzuführenden Tieren pünktlich zur Stelle zu sein.

Von der Kreislörung sind befreit diejenigen Ziegenböcke, die im Herdbuch des Ziegenzuchtverbandes in der Provinz Sachsen eingetragen sind und für die ein entsprechender Abstammungsnachweis vorgelegt werden kann.

Annaburg, den 28. August 1925.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Bekanntmachung über Maulkorbzwang.

Folgende Verordnung wird in Erinnerung gebracht:

Polizei-Verordnung,

betr. das Halten und den Gebrauch von Hunden.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 265) und der §§ 136 und 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) verordne ich, unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg, was folgt:

§ 1. Jeder Ziehhund und Fleischerhund muß, sobald er angespannt ist bezw. zum Treiben von Vieh benutzt wird, mit einem sicheren, zweckmäßig eingerichteten Maulkorbe versehen sein, welcher dem Hunde das freie Atmen und Abkühlen der Zunge gestattet, das Beißen aber unmöglich macht.

Diese Vorschrift bezieht sich auch auf bösartige oder bissige Hunde, die sich außerhalb der Gebäude, geschlossene Gehöfte, Räume und Gärten befinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0002

Als bösartig oder bissig im Sinne dieser Verordnung ist insbesondere auch derjenige Hund anzusehen, welchen die betreffende Ortspolizeibehörde dem Besitzer als solchen bezeichnet hat.

§ 2. Wer dieser Verordnung entgegenhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. März d. Js. in Kraft. Von diesem Tage ab treten alle denselben Gegenstand betreffenden, von der Königlichen Regierung hierselbst erlassenen Vorschriften, insbesondere die Polizeiverordnung vom 13. Mai 1873, die Verhütung der Tollkrankheit betreffend (Amtsblatt S. 116), außer Geltung.

Merseburg, den 8. Januar 1895.

Der Königliche Regierungs-Präsident.
gez.: Graf zu Stolberg.

Lokales und Provinzielles.

□ **Postsendungen nach der Türkei.** Die türkische Postverwaltung gibt bekannt, daß es sich empfehle, auf Sendungen nach der Türkei die Aufschrift in französischer oder türkischer Sprache zu schreiben, um zu vermeiden, daß Verzögerungen oder gar Rückfendungen eintreten.

□ **Kupfergeld ausreichend vorhanden.** Aus Mangel an Zahlungsmitteln über Werte unter 5 Reichspfennigen war der Verkehr in weitem Maße dazu übergegangen, kleine Beträge nach oben auf volle 5 oder 10 Pfennig abzurunden und Preise, Gebühren u. dergl. von vornherein so anzusetzen, daß sie auf den abgerundeten Betrag auslaufen. Da eine solche Gewohnheit geeignet ist, die Neigung zur Erhöhung der Preise zu unterstützen, ist die Reichsregierung bestrebt gewesen, durch genügende Herstellung von Ein- und Zweipfennigstücken Abhilfe zu schaffen. Münzen über diese Werte sind zurzeit in ausreichenden Mengen vorhanden, werden jedoch nach Mitteilung der Reichsbank nur in geringem Maße angefordert und bleiben ungenutzt in den Kassen der Reichsbank liegen. Dieser Umstand spricht dafür, daß die Umstellung des Verkehrs auf die Pfennigrechnung nur zögernd vor sich geht. Da diese aber im Einzelhandel verbilligend wirkt, sollte jedermann nach Möglichkeit hier fördernd tätig sein. Die Behörden sind bereits angewiesen worden, in möglichst großem Umfange Kupfermünzen anzufordern und (insbesondere bei Lohn- und Gehaltszahlungen) in den Verkehr zu bringen.

— **Verlängerung der Aufbrauchsfrist für die deutschen Frachtbriefmuster der Größe 300×380 Millimeter.** Die Aufbrauchsfrist für die veralteten Frachtbriefmuster der Größe 300×380 Millimeter ist nach mehrmaliger Verlängerung am 30. Juni d. J. abgelaufen. Wie sich ergeben hat, sind infolge Darniederliegens der Wirtschaft noch große Bestände bei den Verkehrstreibenden vorhanden. Das Reichsverkehrsministerium hat daher, nach zunächst ablehnendem Standpunkte, auf Antrag des Vereins Deutscher Spediteure, Reichsverband des Deutschen Speditionsgewerbes, sich doch noch entschlossen, die Verwendung dieser Frachtbriefe weiter zu gestatten und zwar bis zum 31. 12. 1926. Es ist damit den Wünschen der Versender in weitem Maße gerecht geworden.

— **Die Höchstmaße für Postkarten** des inneren deutschen Verkehrs und nach dem Auslande betragen vom 1. Oktober 1925 ab 14,8×10,5 cm. Postkarten mit größeren Abmessungen bis zu 15,7×10,7 cm können im inneren deutschen Verkehr bis zum 30. September 1927 aufgebracht werden.

— **Wenig Pilze.** Wir haben bisher ein schlechtes Pilzjahr. Sonst haben wir um diese Zeit meist eine große Ausbeute an Steinpilzen, Champignons, Sandpilzen, Birkenpilzen und anderen Speisepilzen, von den Pfefferlingen ganz zu schweigen. Dieses Jahr — nichts! Ein paar Pfefferlinge in günstigen Lagen, dazu einige unbrauchbare Sorten, die zu pflücken nicht lohnt, das ist alles. Die große Dürre im Frühling, die fast völlige Abwesenheit von Niederschlägen hat die zarten Pilzgeflechte im Boden nicht zur Entwicklung kommen lassen, und deshalb fehlen jetzt auch die Fruchtkörper, die wir so gern genießen. Es wird wohl auch im Herbste nicht mehr viel nachkommen.

— **Das Fallobst** sollte nie unter den Bäumen liegen bleiben, sondern jeden Morgen aufgehoben werden, damit die darin befindlichen Maden vernichtet werden. Die im Innern der Früchte sich aufhaltenden Insektenlarven kriechen bald nach dem Abfallen der Früchte aus und verpuppen sich in der Erde. Dort überwintern sie und beginnen im kommenden Frühjahr mit vermehrter Nachkommenschaft von neuem ihr Zerstörungswerk. Deshalb sollte man alle Tage nachsehen, die Bäume leicht schütteln, und das befallene und kranke Obst wird abfallen. Von Fallobst läßt sich Obstessig bereiten.

—* **Annaburg.** Der Verein ehem. Annaburger in Breslau feiert in der Zeit vom 5.—7. September in dankbarer Erinnerung an die in den Annaburger Anstalten verlebte Zeit das Fest seines 50jährigen Bestehens. Alle Freunde und Gönner der „ehemaligen Annaburger" sind zu dieser Feier herzlich willkommen und erfahren auf Anfrage alles Nähere durch den Vorsitzenden des Breslauer Vereins, Herrn Eisenbahn-Oberinspektor Hühn, Breslau, Goethestr. 167.

—* **Annaburg.** (Sport). Bei gutem Wetter konnten am vorigen Sonntag sämtliche Faustballspiele zum Austrag gebracht werden. Nachdem der Vorsitzende des hiesigen Männer-Turn-Vereins die auswärtigen Mannschaften begrüßt hatte, begannen pünktlich um 2 Uhr die Vorrundenspiele. Ergebnisse sind: 1. Spiel: Belgern—Annaburg 54:55 für Annaburg; 2. Spiel: Jüterbog—Wittenberg 48:54 für Jüterbog; 3. Spiel: Tl.-Trommelballspiel Wittenberg—Annaburg 78:104 für Wittenberg; 4. Spiel: Die Verlierer Belgern—Wittenberg 52:61 für Wittenberg; 5. Spiel: Die Sieger Jüterbog—Annaburg 37:55 für Jüterbog. — Wie schon voraus zu sehen war, ging Jüterbog als der Pokal-Sieger hervor. Selbiger Mannschaft war es wohl anzusehen, das sie schon mehrere Jahre hintereinander zusammen gespielt hatte. Infolgedessen kannten sich die Spieler gegenseitig und führten so ein technisch gutes Spiel vor. Als bester Mann ist wohl der linke Hinterspieler hervorzuheben. — Wittenberg stellte zu diesem Pokalspiel leider nur die 2. Mannschaft. Doch kann man bald sagen, daß sie den Jüterbogern fast nahe standen. Die schwache rechte Seite von Wittenberg, ein Jugendmann als Ersatz, wurde jedoch bald erkannt und brachte so für Jüterbog die siegbringenden Punkte. Als beste Leute sind der rechte Hinterspieler und der Angeber hervorzuheben. — Belgern stellte wohl zu diesen Spielen die schlechteste Mannschaft. Dadurch, daß sie ¼ Jahr ausgesetzt hatten, fehlte jede Technik und Taktik. Als bester Mann ist der Angeber hervorzuheben. — Von der Annaburger Mannschaft hätte man wohl mehr erwarten müssen. Doch wie in jeder Mannschaft schwache Punkte sind, so auch in dieser. Die ganze rechte Seite versagte vollständig und brachte nur wenige Bälle dem Angeber vor, die er dann auch nur mit Mühe und Not über die Leine bringen konnte. Bleibt jedoch die Mannschaft trotz einer kleinen Umstellung, die notwendig ist, noch 1 Jahr zusammen, so kann sie sich vielleicht mit Jüterbog gleichstellen. — Die hiesige Tl.-Trommelball-Manschaft war den Auswärtigen nicht gewachsen, welches auch das Ergebnis anzeigt. Bei ihnen fehlt noch jede Technik des Schlagens und vor allen Dingen das sich gegenseitige Verstehen. — Am nächsten Sonntag wird die hiesige Tl.-Trommelball-Mannschaft des Männer-Turn-Vereins einer Einladung nach Schweinitz Folge leisten. Selbiger Verein hat an diesem Tage sein diesjähriges Schauturnen und aus diesem Grunde findet ein Propaganda-Trommelballspiel statt. Wir wollen hoffen, daß die hiesige Mannschaft am vorigen Sonntag von den Wittenbergern viel gelernt hat und dies nun in die Tat umsetzen wird. Aufstellung: Müller, G., Meyer 1., Meyer 2., Schröder, Waldhelm. Ersatz: Hofmann, G.

Großtreben, 26. August. Gestern machte die Ehefrau des Postschaffners K. ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Ueber die Ursachen der Tat ist nichts bekannt.

Torgau, 25. August. Spaß muß sein, oder Was in man in der Lichtenburg lernen kann! War da einer nach längerer Freiheitsstrafe aus der Strafanstalt Lichtenburg entlassen worden. Eiligst wanderte er nach Torgau und betrank sich aus Freude über die wiedererlangte Freiheit. In seiner Trunkenheit beleidigte er Frauen, fuchtelte wild mit einem Messer herum, kurz, benahm sich so, daß Schupo sich seiner annehmen mußte. Das war nun nicht so einfach. Nach vieler Mühe gelang es, des Tobenden Hände zu verketten. Der indes lachte, und eins, zwei, drei waren die Hände wieder frei. Und er lächelte nochmals und sagte: Jawohl, das hab' ich in der Lichtenburg gelernt. Hinterher sind ihm dann Handschellen angelegt worden, und diese abzuschütteln hatte er keine Praxis. In der Zelle des Polizeigefängnis bekam er dann Gelegenheit, seinen Rausch auszuschlafen. Jetzt wird er sich demnächst vor Gericht erneut verantworten müssen.

Wittenberg, 24. August. Am Sonntag wurde in der Eylertschen Badeanstalt die Leiche eines ca. 25—28jährigen Mannes gelandet. Bei der Leiche wurde eine Geldscheintasche ohne Inhalt und ein Zettel mit dem Namen des Toten, Hans Brüning, vorgefunden. Auf dem Zettel ist ferner die Adresse seiner Eltern in Storkow (Mark) angegeben, die bei der Auffindung der Leiche benachrichtigt werden sollen. B. scheint den Freitod in der Elbe gesucht und gefunden zu haben. Die Leiche hatte schon mehrere Tage im Wasser gelegen.

Wittenberg, 25. August. (Denkmalsschändung. Das im früheren Kasinogarten wieder neu hergerichtete Graf Tauentzien-Denkmal, welches vom Offizierkorps des Inf.-Regts. Nr. 20 in Friedenszeiten gestiftet worden war und nach Kriegsende demoliert und vor kurzem neu eingeweiht wurde, ist in einer der letzten Nächte dadurch beschädigt worden, daß der Aufsatzkugelschmuck abgelöst wurde.

Belzig. Ein drolliges Geschichtchen, das den Vorzug hat, wahr zu sein, hat sich in einer Landwirtschaft ereignet. Der alte Großvater und Altsitzer, der sich noch gern in der Wirtschaft nützlich macht, ging nach dem Stoppelacker hinaus, um Luzerne zu säen. Es handelte sich um ein kleines Fleckchen, und die Arbeit war gerade getan, als plötzlich der Enkel herbeigelaufen kam mit der richtigen Luzerne. Der leider schon recht kurzsichtige Großvater hatte eine Tüte mit Streusselschokolade erwischt. Schade nur, daß die Schokolade auf unserem Boden nicht wachsen will.

Großfeuer auf einem märkischen Gut. Auf dem Gut Glienig bei Dahme brach Montag mittag ein gefährlicher Brand aus, der sich mit großer Geschwindigkeit ausbreitete und zwei Stallgebäude und eine große Scheune die mit Erntevorräten gefüllt war, einäscherte. Das Feuer fand besonders reichhaltige Nahrung in großen Heumengen, die auf dem Gut aufgestapelt waren und die — rund 1000 Zentner — restlos verbrannt sind. Von dem reichhaltigen Viehbestand konnten nur 12 Stück Rindvieh und 6 Pferde gerettet werden; 34 Kühe und etwa 50 Schweine sind verbrannt. Außerdem sind die gesamten Erntevorräte vernichtet worden. Sechs Feuerwehren der Umgegend waren zwar an Ort und Stelle, mußten sich aber darauf beschränken, die Wohngebäude zu schützen. Als um 4 Uhr nachmittags die einzige Motorspritze aus Luckenwalde an der Brandstelle eintraf, war das Feuer bereits im Erlöschen begriffen. Der Besitzer, der das Gut erst Anfang dieses Jahres erworben hat, befand sich während des Brandes in Berlin.

Cöthen, 25. August. Bei dem schweren Gewitter am Donnerstagabend wurde auch der Westen des Cöthener Kreises von wolkenbruchartigen Regenfällen heimgesucht, die erheblichen Schaden verursachten. In Sixdorf traf ein Blitz einen großen, etwa 3000 Zentner Gersten- und Weizenstroh enthaltenden Diemen der Domäne, der vollständig niederbrannte.

Küllstedt. Ungewöhnliche Jubiläen wurden in einer hiesigen Familie gefeiert. Das Dienstmädchen ist 77 Jahre und seit 60 Jahren im Hause beschäftigt. Der Knecht zählt 70 Lenze und arbeitet nun 50 Jahre dort. Die Jubilare haben sich immer als zur Familie der Herrschaft gehörig gefühlt. An den Lebensschicksalen drei verschiedener Generationen nahmen sie teil, ihandelte es sich nun um einen schmerzlichen Traueraufall oder aber auch um ein glücklich bestandenes Examen. Zur Freude der treuen Alten sind die auswärts lebenden Angehörigen der Familie zur gemeinsamen Feier des seltenen Festes ins Vaterhaus geeilt. Der Landrat von Mühlhausen ließ den Jubilaren Auszeichnungen überreichen. Schon vor 20 Jahren erhielt das Mädchen von der Kaiserin ein goldenes Kreuz mit Ehrenurkunde.

Halle, 20. August. Bezeichnend für die Geldnot ist die Tatsache, daß beim Hallescheen Gericht die Zahlungsbefehle, Offenbarungseide und Zwangsvollstreckungen eine gewaltige Ausdehnung gewonnen haben. Seit Anfang Januar bis in den August hinein wurden hier 22 000 Zahlungsbefehle ausgefertigt, im Juli allein 3300. Die Zahl der Wechselprozesse ist auf 150 im Monat gestiegen

Derenburg. Die letzte Stadtverordnetenversammlung faßte erneut den Beschluß, dem Landkreis Halberstadt die Steuern zu verweigern, da sie eine zu belastende Höhe erreichen.

Kirchliche Nachrichten.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal. Herr Pfarrer Langguth.
Am Sonntag vorm. 9 Uhr: Predigt-Gottesdienst.
Vorm. 10 Uhr: Kindergottesdienst.
Purzien: Am Sonntag früh ¼8 Uhr: Predigtgottesdienst.

Markt-Kalender.

Am 29. August: Pferde-, Vieh- u. Schweinem. in Ortrand.
„ 2. Septbr.: Schweinem. in Prettin, Schweinem. in Herzberg, Vieh- u. Schweinem. in Dobrilugk.
„ 3. „ Vieh-, Pferde- u. Schweinem. in Torgau, Schweinem. in Elsterwerda, Vieh-, Pferde- u. Schweinem. in Luckau.

Bekanntmachung.

Am **Dienstag, den 1. September,** nachmittags von 3—5 Uhr findet im Hause Markt 23 hierselbst **Säuglingswiegestunde** statt.

Annaburg, den 27. August 1925.

Schwester Hedwig Sturzebecher.

Fortzugshalber versteigere am **Sonnabend, den 29. August, nachmittags 2 Uhr Gärtnerstraße 8**

eine Wohnungs-Einrichtung

mit sämtlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsgegenständen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

R. Wagner.

Eine Ladung

Pa. Weißkalk

ist eingetroffen und empfiehlt

Fr. Krösch, Maurermstr.
Fernsprecher Nr. 60.

Ia. Dobermannrüden
mit Stammbaum, **schwarzrot,** Ia. kupiert, gibt preiswert ab
Ernst Unruh.
Schweinitz (Elster).
Telephon Jessen 36.

Neue Gänsefedern
mit allen Daunen, Pfund 3 Mk., **bessere** à Pfd. 4 Mk., **sehr zarte** à Pfd. 5 Mk., **gerissene Bettfedern** à Pfd. 4.00 u. 5.00 Mk., **prima gerissene Gänsefedern** à Pfd. 6,25 Mk., **bessere** 7,25 Mk., **sehr zarte** 8,25 Mk. versendet per Nachnahme, u. nehme was nicht gefällt zurück.
Rudolf Gielisch.
Gänsemastanstalt,
Neutrebbin (Oderbruch)

Stalldünger
kauft jederzeit zu den höchsten Preisen
B. Böttcher & Bergfeld
Baumschule **Naundorf.**

Tonröhren, Krippenschalen
Dachpappe
Kebemasse auch in kleinen Posten zu 10 und 25 Pfund
empfiehlt
Wilh. Kunze, Annaburg
Dampfsägewerk — Holzhandlung — Baugeschäft
Baumaterialienhandlung.

Persil für Krankenwäsche
Krankenwäsche muß desinfiziert werden. Krankheitsübertragung durch Kleidungs- und Wäschestücke ist keine Seltenheit. Persil tötet schon in handwarmer Lauge jeden Krankheitskeim!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0003

Die beste Dreschmaschine

des mittleren und kleineren Landwirts ist die fahrbare Glattstrohstiftendreschmaschine

„Komet Elbe" D.R.P.

mit doppelter Reinigung, Entgranner, Sorter- und Einsackvorrichtung, garantiert marktfertiges Getreide sowie prima glattes Stroh.

Kraftbedarf 3-4 PS. Prima Referenzen! — Preis 1035.— RM. ab Fabrik Wittenberg.

J. G. Schugk Söhne Landmaschinenfabrik
Wittenberg (Bez. Halle)
Fernrufe 945 u. 946. — Fernrufe 945 u. 946.

Neuheiten in Damen-Mänteln

für Herbst und Winter
in einfachster und elegantester Ausführung
sind eingetroffen!

Jedes Stück ein Werk der Modeschöpfung!
Aenderungen werden kostenlos ausgeführt.

Ernst Peschke, Ackerstr. 16

Sämtliche Bau-Artikel:

Eiserne Träger und Säulen,
letztere auch nach Maßangabe in allen Stärken werden **sofort** angefertigt.
Front- und Grabgitter, Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege
vom Lager und nach Maß.
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.
Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie **komplette Wasserleitungen.**
Stallgitter für Schweineställe, **Schweinetröge :: Krippenschalen.**

Wilhelm Grahl.

Kleiderstoffe

in Mousseline, Blaudruck und Gingham,
Damenhemden, Prinzeßröcke, Beinkleider, Schlüpfer, Korsetts, Damen- und Kinderstrümpfe, Taschentücher, Bettücher, Schürzen Einsatzhemden, Oberhemden, Makko-Hemden und Hosen, Chemisetts, Selbstbinder, Sporthemden, Hosenträger, Socken, Manschester- und Pilothosen, Sommerjoppen
in guten Qualitäten. :-: Billige Preise.

Geb. Schimmeyer,
Annaburg.

Marken-Räder

Diamant ◆ Opel
Brennabor ◆ W. K. C.
unterhalte große Auswahl.
Teilzahlung gestattet!
Ferner empfehle meine
Emallieranstalt und **Reparatur-Werkstatt.**

Fritz Rödler, Markt 20
Fernruf Nr. 53.

Prima
Gefrierfleisch

empfiehlt
Paul Thäle,
Fleischermeister.

Prima
Hammelfleisch

empfiehlt
Karl Hamann,
Fleischermeister.

Zahn-Atelier

Annaburg, Torgauerstraße 27, im Hause Konditorei Schüttauf.
Sprechstunden für Zahnkranke: Jeden Montag v. 9—1 und 2—6 Uhr.

E. Pape, Dentist
Wittenberg.

Mütter

die ihre Kinder lieb haben, waschen sie nur mit der echten

Steckenpferd-Buttermilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, denn diese ist die beste Kinderseife, da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut.

Apotheke Annaburg, Drogerie Otto Schwarze.

Husten, Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus, Heiligenstadt (Eichsfeld) A 64.

Weißrübensamen, Seradella, Inkarnatklee
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Gänsefedern
gewissene
ungewissene
liefert konkurrenzlos billig
Willy Manteufel, Neutrebbin (Oder) Gänsemastanstalt. 2b

Prima neue Vollheringe
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Eintrittsblocks Garderobenblocks

sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Tanz-Unterricht!

Auf vielseitigen Wunsch gestatte ich mir einen
Tanz- und Anstands-Kursus
im Hotel „Waldschlösschen" zu Annaburg abzuhalten. Beginn: **Donnerstag den 3. September, abends 8 Uhr.**

Anmeldungen bei Herrn Kleinsorg und am Beginn des Unterrichts erbeten.

Anni Langer,
gepr. Tanzlehrerin.

Zahn-Atelier Georg Consentius

staatl. gepr. Dentist
Annaburg, Holzdorferstr. 17
Telephon Nr. 23
Sprechstunden täglich 9—12 u. 2—6 Uhr
Sonntags 10—12 Uhr.
Behandlung für sämtliche Krankenkassen.

DIE SAHNIGE DELIKATESS-MARGARINE

Pera-Blausiegel
die buttergleiche, süßrahmgekirnte fürs Brot

Pera-Rotsiegel
die milchreine Hausmarke, 1/2 Pfd. 40 Pfg.

Pera-Demantsiegel
die beste zum Kochen, Backen und Braten.

Generalvertretung und Lager
Erich Witte
Wittenberg, Bez. Halle, Schloßstr. 32.
Fernruf 490.

Eolienne

in allen Farben

Crêpe de chine	Lindener Samt beste Qualität
Wollmussline moderne Farben	Wollpopeline schwarz und farbig
Voll-Voiles	Waschmussline
Gabardine	130 cm breit, allerbeste Zwirnware.

Jede Qualität ist eine Leistung!
Billigste Preise!

Carl Quehl.

Erntekranzschleifen

in reicher Auswahl empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlg.

Jetzt ist es Zeit!

den Bedarf an
Kohlen
für den Winter einzudecken!
Bestellungen auf Lieferung jedes Quantums nimmt von jetzt ab entgegen evtl. auch für spätere Lieferung

Otto Scheibe, Kohlenhandlung
Torgauerstraße 32.

Der Gesellen-Verein zu Annaburg

veranstaltet am
Sonntag, den 30. Aug.
im Gasthof „Neue Welt"
sein diesjähriges

Sommerfest,

verbunden mit dem

20jährig. Fahnenjubiläum.

Vorm.: **Einholen der fremden Vereine.**
Nachm. 1 1/2 Uhr: **Antreten zum historischen Umzug.**
Von 3—6 Uhr: **Garten-Konzert.**
Abends: **Grosser Ball.**

Straßenfolge des Umzugs: Abmarsch punkt 1 1/2 Uhr von „Neue Welt"—Feldstr.—Lochauerstr.—Friedhofstr.—Torgauerstr.—Markt—Torgauerstr.—Mittelstr.—Holzdorferstr zurück—Hinterstr.—Mühlenstr.—Feldstr.—Neue Welt.

Grünes zum Schmücken der Straßen ist am **Sonnabend nachmittag** bei Herrn Grahl, Herrn Riethdorf und Herrn Quehl abzuholen.

Die Herren Handwerksmeister, Altgesellen, Werkmeister, Gehilfen sowie Freunde und Gönner des Vereins sind höfl. eingeladen.

Das Festkomité.

Palast-Theater Annaburg.

Freitag — Sonnabend — Sonntag
Anfang punkt 1/2 9 Uhr.

Der schönste Film dieses Jahres!
Uebertrifft bei weitem „Rosenmontag". Das Beste, was je hier geboten!

Rummelplatz des Lebens,

oder: **Wien, wie es lacht und weint.**

Acht lange, fabelhafte, an Ausstattung und Darstellung unübertreffliche Akte aus Wiens goldener und eiserner Zeit. — Prunkhafte Zech- und Hofgelage wechseln mit tieferschütternden Szenen aus dem „berühmten Wiener Prater-leben" ab. Und im Mittelpunkt von allem steht die greise Persönlichkeit **Kaiser Franz Josefs.**

Ein Film, den jeder sehen muß!
Gute Musikbegleitung.

Dazu ein herzerquickendes Lustspiel:

Harry und das Steinach-Elixier.

In der Hauptrolle: **Harry Sweat** und der **Wunderhund „Brownie".**

Die neue Deulig-Wochenschau.

Trotz der enormen Unkosten und damit jedem die Gelegenheit gegeben ist, dieses Pracht-Filmwerk anzusehen, **keine Preiserhöhung!** Zeitiges Kommen sichert gute Plätze.

Sonntag nachmittag punkt 5 Uhr:
Grosse Fremden-Vorstellung.

M.-T.-V.

Sonntag, den 30. d. Mts.
Allgem. Spieltag

Königin Luise-Bund.

Dienstag abend 8 1/2 Uhr im **„Waldschlöchen":**
Das Haus einer deutsch. Dichterin.
Gäste willkommen!

S. K. v. R. K.

Sonnabend, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung
bei Herrn **Dubro.**
Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Diejenigen Damen und Herren, welche sich zu dem neuen, demnächst beginnenden Kursus gemeldet haben, wollen ebenfalls erscheinen.
Der Vorstand.

Pa. Dachpappe, Dachteer, Klebemasse, Karbolineum usw.

empfiehlt
Fr. Krösch, Maurermstr.
Fernsprecher Nr. 60.
Teergeräte leihweise.

Ansichtskarten

neueste Aufnahmen vom Schloß usw.
empfiehlt **Herm. Steinbeiß,** Buchhandlung

Fenster und Türen, Möbel aller Art

in einfachster bis reichster Ausführung nach eigenen und gegebenen Entwürfen in **Qualitätsarbeit** empfiehlt

Wilh. Kunze, Annaburg
Bau- und Möbeltischlerei, Sarg-Magazin.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine

sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0004

Inhalt der französischen Note.

Berlin, 27. August.

Nach einer neuerlichen Vereinbarung mit der französischen Regierung kann die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage bereits heute veröffentlicht werden.

Der Wortlaut.

Indem die französische Regierung von der deutschen Note vom 20. Juli 1925 Kenntnis nimmt, stellt sie gern die Übereinstimmung der Anschauungen zwischen den beiden Regierungen fest, die in gleicher Weise bestrebt sind, den Frieden Europas auf eine Verständigung gestützt zu sehen, die den Völkern ergänzende Sicherheitsgarantien verschafft. Die französische Regierung sieht mit Genugtuung, daß die deutsche Regierung nach aufmerksamer Prüfung der französischen Note vom 16. Juni ihrer Überzeugung Ausdruck gibt, daß eine Einigung möglich ist. In dem Wunsche, die Stunde der Einigung nicht hinauszuschieben, wird sich die französische Regierung auf die Darlegung derjenigen Bemerkungen beschränken, zu denen sie in Übereinstimmung mit den Alliierten durch die Prüfung der drei wesentlichen Punkte der deutschen Note veranlaßt wird. Da diese Note sich zu gewissen in der französischen Antwort vom 16. Juni aufgeworfenen Fragen nicht äußert, will sie anscheinend zu erkennen geben, daß die deutsche Regierung insoweit keine grundsätzlichen Bedenken hegt und sich nur die Erörterung von Einzelpunkten vorbehält.

I.

Mit Befriedigung hat die französische Regierung festgestellt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigte, den Abschluß eines Sicherheitspaktes von einer Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrages abhängig zu machen.

Jedoch lenkt die deutsche Regierung zweimal die Aufmerksamkeit darauf, daß die Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Vereinbarung neuen Verhältnissen anzupassen, wobei sie auch auf gewisse Bestimmungen der Völkerbundsatzung hinweist. Ebenso bringt sie den Gedanken einer Änderung des Okkupationsregimes in den Rheinlanden zur Anregung. Frankreich ist sich bei seiner Achtung vor den internationalen Verpflichtungen der Vertragsbestimmungen, auf welche die deutsche Note anspielt, durchaus bewußt und hat nicht die Absicht, sich irgendeiner Bestimmung der Völkerbundsatzung zu entziehen. Es erinnert aber daran, daß diese Satzung in erster Linie auf der gewissenhaften Achtung vor den Verträgen beruht, die die Grundlage des öffentlichen Rechts Europas bilden, und daß sie für den Eintritt eines Staates in den Völkerbund die ausrichtige Absicht der Innehaltung seiner internationalen Verpflichtungen zur ersten Bedingung macht.

In Übereinstimmung mit ihren Alliierten ist die französische Regierung der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag noch die Rechte, die nach diesem Vertrage Deutschland und den Alliierten zustehen, beeinträchtigt werden dürfen. Ebensowenig wie der Vertrag dürfen auch die Garantien für seine Durchführung oder die Bestimmungen, welche die Anwendung dieser Garantien regeln und in gewissen Fällen ihre Erleichterung vorsehen, durch die in Aussicht genommenen Abmachungen geändert werden.

Wenn die Note vom 16. Juni hervorgehoben hat, daß der Sicherheitspakt „weder die Bestimmungen des Vertrags über die Besetzung des linken Rheinufers noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf", so besagt das, daß Frankreich, so sehr es auch bereit ist, die schwebenden Verhandlungen in liberalem Geiste und mit friedlichen Absichten fortzusetzen, nicht auf seine Rechte verzichten kann. Im übrigen wiederholt Frankreich zu seinem Teile die bereits von den Alliierten abgegebene Erklärung, daß sie die Absicht haben, sich gewissenhaft an ihre Verpflichtungen zu halten.

II.

Die Alliierten sind nach wie vor überzeugt, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbunde für Deutschland, nachdem es seinen Eintritt vollzogen hat, das sicherste Mittel sein würde, um seine Wünsche zur Geltung zu bringen, wie dies andere Staaten ihrerseits getan haben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die einzige dauerhafte Grundlage einer gegenseitigen Garantie und eines europäischen Abkommens.

In der Tat kann ein Staat Vorbehalte nicht von außen her wirksam zum Ausdruck bringen, da sie dadurch den Charakter von Bedingungen annehmen würden. Erst innerhalb des Bundes kann er seine Wünsche dem Rate unterbreiten, indem er von einem Rechte Gebrauch macht, das allen dem Bunde angehörenden Staaten zusteht. Aus diesem Grunde haben wir mit Bedauern die Vorbehalte der deutschen Note gelesen, wonach die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund noch der Klärung bedürfe, da das Schreiben des Völkerbundrates vom 13. März 1925 nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Bedenken nicht ausgeräumt hat. Die französische Regierung ist nicht berechtigt, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Der Rat, der mit den von Deutschland vorgebrachten Vorbehalten befaßt worden ist, hat der deutschen Regierung seine Entscheidung mitgeteilt, die sich auf den Grundsatz der Gleichheit der Nationen stützt, einen Grundsatz, der für keine von ihnen eine Ausnahme oder ein Vorrecht zuläßt. Die alliierten Regierungen können sich, was sie angeht, nur auf ihre früheren Erklärungen beziehen und nur wiederholen, daß nach ihrer Auffassung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach Maßgabe des allgemeinen Rechtes die Grundlage für jede Verständigung über die Sicherheit bleibt.

Es ist gerade das Fehlen dieser Sicherheit, das bis jetzt die allgemeine Abrüstung verhindert hat, die in der Völkerbundsatzung vorgesehen sind, und auf die die deutsche Note anspielt.

III.

Die deutsche Regierung hat hinsichtlich der Art und der Tragweite der Schiedsverträge, die zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien als Signatarmächten des Rheinpaktes sowie den anderen Deutschland benachbarten Signatarmächten des Versailler Vertrages andererseits abzuschließen sein würden, Vorbehalte gemacht, die den obligatorischen Charakter dieser Schiedsverträge nach dem Muster der von Deutschland bereits mit einigen seiner Nachbarn abgeschlossenen Schiedsverträge einschränken würden. Diese letzteren Verträge sehen in allen Fällen die Anrufung einer ständigen Vergleichskommission vor; aber die schiedsgerichtliche Regelung im eigentlichen Sinne erstreckt sich wenn sie auch auf die meisten Fälle Anwendung findet, nicht auf die wichtigsten Fälle, nämlich die politischen Fälle, also gerade diejenigen, die zum Kriege führen könnten. Dadurch würden die im ersten deutschen Memorandum vom 9. Februar 1925 ins Auge gefaßten Bestimmungen, die den Abschluß von Schiedsverträgen zur Sicherstellung einer friedlichen Lösung der politischen sowie der rechtlichen Konflikte ins Auge faßten, in bedenklicher Weise eingeschränkt werden. Nach Ansicht der Alliierten wäre ein auf diese Weise eingeschränkter Schiedsvertrag, der sich nicht auf alle Streitigkeiten zwischen den einander benachbarten Ländern erstreckt, als Friedensgarantie ohne hinreichenden Wert, da er für Kriegsgefahren Raum lassen würde.

Was wir vor allem wollen, ist das, daß unter den in der Note vom 16. Juni angegebenen Voraussetzungen jede neue Anwendung von Gewalt durch eine für alle Fälle obligatorische friedliche Regelung unmöglich gemacht wird. Der Grundsatz eines derartigen Schiedsgerichtsobligatoriums ist nach unserer Ansicht die unerläßliche Bedingung für einen Pakt, wie ihn die deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Februar vorgeschlagen hat.

Die von der deutschen Regierung hinsichtlich der Garantierung eines Schiedsvertrages hervorgehobenen Befürchtungen können einer objektiven Prüfung nicht standhalten. Nach dem in Aussicht genommenen System entscheidet der Garant nicht freiundeinseitig darüber, wer der Angreifer ist. Der Angreifer bezeichnet sich selbst durch die bloße Tatsache, daß er, anstatt sich auf eine friedliche Lösung einzulassen, zu den Waffen greift oder eine Verletzung der Grenzen oder, am Rhein, der demilitarisierten Zone begeht. Es liegt auf der Hand, daß der Garant, der das größte Interesse daran hat, derartige Verletzungen von der einen wie der anderen Seite zu verhindern, beim ersten Anzeichen einer Gefahr nicht unterlassen wird, zu diesem Zwecke seinen ganzen Einfluß geltend zu machen. Im übrigen wird es nur von den einander benachbarten Nationen selbst abhängen, daß dieses Garantiesystem, das zu ihrem gegenseitigen Schutze geschaffen wird, nicht zu ihrem Nachteil in Funktion tritt. Was das System der Garantierung eines Schiedsvertrages anlangt, so geht es unmittelbar von einem Gedanken aus, der von der Völkerbundversammlung auf ihrer letzten Tagung in Genf als mit dem Geiste der Satzung übereinstimmend anerkannt worden ist. Es erscheint nicht unmöglich, Bestimmungen zu formulieren, die das Funktionieren der Garantie (gleichviel, wer der Garant ist, und gleichviel, ob sich die Garantie auf die Grenze oder auf die Schiedssprechung bezieht) der Art der Verletzung, den Umständen des Falles und dem durch die unmittelbare Anwendung der Garantie erforderten Grade der Schnelligkeit anpassen. In diesem Sinne könnte man untersuchen, ob es nicht möglich wäre, Mittel und Wege in Aussicht zu nehmen, um die Unparteilichkeit der Entschließungen sicherzustellen, ohne der Unmittelbarkeit und Wirksamkeit der Garantie zu schaden.

Zusammenfassend kann die französische Regierung gegenüber den drei wesentlichen Punkten der deutschen Note vom 20. Juli 1925, in Übereinstimmung mit ihren Alliierten, und ohne sich der rechtmäßigen Anwendung irgendeiner Bestimmung der Völkerbundsatzung entziehen zu wollen, nur ihre vorstehenden Bemerkungen über die Notwendigkeit einer gewissenhaften Achtung vor den Verträgen bestätigen. Sie ist nicht berechtigt zur Erörterung der Fragen, die sich auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund beziehen, und über die sich der Völkerbundrat ausgesprochen hat. Endlich gibt sie sich der Hoffnung hin, daß die in Aussicht genommenen Garantien in Formeln gebracht werden können, die gerecht und vernünftig sind und zugleich mißbräuchliche und ungerechtfertigte Auslegungen und Anwendungen ausschließen.

Die französische Regierung ist sich, in Übereinstimmung mit ihren Alliierten, der Schwierigkeit und der Verzögerungen bewußt, die die Fortsetzung einer Verhandlung über so delikate Fragen auf dem Wege des Notenwechsels mit sich bringt. Aus diesem Grunde beschränkt sie sich unter Hinweis auf ihre Note vom 16. Juni auf diese allgemeinen Bemerkungen, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen.

Nach diesen in Aufrichtigkeit dargelegten vorbereitenden Ausführungen, die zur Vermeidung jeden Mißverständnisses bestimmt sind, ladet die französische Regierung, in Übereinstimmung mit ihren Alliierten, die deutsche Regierung ein, auf diesen Grundlagen in eine Verhandlung einzutreten, mit dem Willen, zu einem Vertrage zu gelangen, dessen Abschluß Frankreich zu seinem Teile lebhaft wünscht.

In den befreiten Städten.

Jubel der Bevölkerung.

Düsseldorf, 26. August.

Heute früh sind in Düsseldorf 173 Mann deutsche Schutzpolizei eingerückt. Bei ihrem Eintreffen am Hauptbahnhof wurden sie von einer großen Menschenmenge stürmisch begrüßt.

Die städtischen Gebäude und viele Privathäuser hatten reichen Flaggenschmuck angelegt. Die Stadtverwaltung veranstaltet aus Anlaß der Räumung Düsseldorfs am nächsten Sonntag mittag auf dem Marktplatz vor dem Rathause eine feierliche Kundgebung. Schon der Abend nach dem Abzug der Franzosen trug festlichen Charakter, die Straßen waren von jubelnden Menschenmengen erfüllt. Die preußische Staatsregierung hat Glückwunschschreiben an die Stadtverwaltungen von Düsseldorf und Duisburg gesandt.

Duisburg befand sich nach dem Wegrücken der fremden Truppen in lebhafter Bewegung. Als um 12 Uhr nachts die Glocken läuteten, kamen überall die Fahnen zum Vorschein. Eine vielmausendköpfige Menschenmenge fand sich vor dem Rathaus ein und unter den Klängen des Deutschlandliedes wurde ein Fackelzug veranstaltet, der sich durch die innere Stadt bewegte und an dem fast die gesamte Bürgerschaft teilnahm. Der Jubel kannte keine Grenzen.

Conrad v. Hötzendorf †.

Österreichs Generalstabschef im Kriege.

In dem württembergischen Badeort Mergentheim ist der ehemalige österreichisch-ungarische Feldmarschall Conrad v. Hötzendorf im 73. Lebensjahr gestorben. Er war beim Ausbruch des Weltkrieges österreichisch-ungarischer Generalstabschef.

Hötzendorf war zurzeit noch mit der Herausgabe seines Memoirenwerks beschäftigt, von dem einige Bände erschienen sind. Weitere sollten folgen. Bemerkenswert ist vor allem, daß er lange vor dem Kriege einen Vorbeugungskrieg gegen Serbien und auch gegen Italien gefordert hat, weil er Annexionsabsichten dieses Landes auf österreichisches Gebiet voraussetzte. Als der von Hötzendorf ersonnene Durchbruch der Russenfront bei Limanova im Jahre 1915 nicht zu der erhofften Wirkung kam, trat er vom Posten des Generalstabschefs zurück und übernahm ein Armeekommando in Tirol. In seinem Testament hat er den Wunsch ausgesprochen, an der Seite seines im Kriege gefallenen Sohnes in Wiener-Neustadt begraben zu werden.

Die Frau des Konsuls.

Roman von Reinhold Ortmann.

52] (Nachdruck verboten.)

Zwanzigstes Kapitel.

Die Sonne des bängsten und schwersten Tages, der je über die Villa Antonie dahingegangen war, hatte sich schon hinter den Baumwipfeln des Gartens versteckt und ein Hauch abendlicher Kühle streifte durch die offenen Fenster des Krankenzimmers, als Magda den Kopf ein wenig von den weißen, spitzenbesetzten Kissen erhob.

„Eva," flüsterte sie, „sind wir allein?"

„Ja, liebe Magda. Die Schwester hat sich zurückgezogen, um eine Viertelstunde zu ruhen. Soll ich sie rufen?"

„Nein! — Komm, neige dich zu mir herab. Ich muß dich etwas fragen."

„Aber du sollst nicht sprechen, Liebste! Doktor Ewers hat uns auf die Seele gebunden, es dir nicht zu erlauben."

„Es schadet mir nicht. Wenn ich mit keinem Menschen davon sprechen kann, ist es noch viel schlimmer. Man glaubt, daß es Paul Leuenhoff ist, der auf mich geschossen hat?"

„Er wird es wohl auch gewesen sein, denn man hätte ihn sonst doch nicht ins Gefängnis gebracht. Aber er hat es vielleicht im Irrsinn getan."

„Er hat es nicht getan, Eva! Ich weiß bestimmt, daß er es nicht getan haben kann. Man muß ihn wieder freilassen, sonst stirbe ich vor Aufregung und Angst."

„Aber ich kann doch nichts dagegen tun, geliebte Magda! Willst du nicht mit dem Papa darüber sprechen? — Ich werde ihn holen."

„Nein — nein — nein — nur das nicht. Er würde mich fragen, woher ich es weiß, und ich dürfte es ihm doch nicht sagen."

Mit angstvollem Gesicht hatte sie Evas Handgelenk umklammert, um sie festzuhalten.

Erschrocken und ratlos blickte das junge Mädchen in ihr erregtes Gesicht. „Wenn ich nur wüßte, was ich tun soll, um dich zu beruhigen! Du brauchst dir doch darüber keine Gedanken zu machen. Hat Leuenhoff es nicht getan, so wird es sich auch herausstellen."

Es war alles, was sie zu sagen wußte, und es mußte ein sehr schwacher Trost gewesen sein, denn Magda drehte mit einem schmerzlichen Zucken der Lippen den Kopf zur Seite. Eine Minute lang verhielt sie sich schweigend, dann, als hätte sie sich inzwischen zu einem Entschlusse durchgekämpft, kehrte sie Eva ihr Gesicht wieder zu. „Ich weiß, wer es getan hat."

„Wie, du weißt es, — und du zögerst noch, es zu sagen?"

„Ich darf ihn nicht angeben, Eva! Und du weißt auch, warum ich es nicht darf."

Wie eine Zorneswolke ging es über Evas Gesicht. „Es ist doch etwa nicht Lettinger, den du beschuldigst?"

Magda nickte. „Er war es — niemand sonst als er. Er haßt mich, und er wollte sich an mir rächen, weil — weil er glaubt, daß ich seine erhoffte Verbindung mit dir hintertrieben hätte."

„Aber was du da sprichst, ist ja fürchterlich. Ich glaube es nicht — glaube es nimmermehr. Er ist kein Mörder, du darfst etwas so Ungeheuerliches nicht von ihm sagen."

„Auch du läßt mich im Stich! Ich habe keinen Menschen mehr, der mich lieb hat."

Ihre Augen standen voll Tränen, und solchen Anblick vermochte Eva nicht zu ertragen. Sie glitt neben dem Lager in die Knie und schmiegte ihre Wange neben Magdas Kopf in das Kissen.

„Sage mir, was du von mir erwartest, und wenn es nicht ganz unmöglich ist, werde ich es tun."

„Er muß Leuenhoff frei machen, auf welche Art es auch sei. Wenn er irgendein falsches Zeugnis zu seinen Gunsten ablegt, wird niemand einen Verdacht gegen ihn hegen. Ich werde ihn gewiß nicht verraten, aber auch er darf mich nicht kompromittieren."

„Magda, liebe Magda — du weißt ja nicht, was du aussprichst."

„Doch, ich weiß," flüsterte die junge Frau mit fliegendem Atem. „Wenn ich nicht hier vor Furcht vergehen soll, mußt du es ihm sagen. Ich will auch nicht, daß ein Unschuldiger für ihn leidet."

„Das sind Fieberphantasien!" dachte Eva. Aber das Grauen, das Magdas Worte in ihr wachgerufen, ließ sich damit nicht wegscheuchen. Ein dumpfer, unerträglicher Druck lastete auf ihrem Gehirn, und als sie sich unwillkürlich über die Stirn strich, wie wenn sie ihn damit wegscheuchen könnte, erschrak sie vor der eisigen Kälte ihrer eigenen Hand. Gleich einer Erlösung empfand sie es, als in diesem Augenblick die Diakonissin wieder eintrat, einen Blick ernsten Vorwurfs auf die Gruppe werfend.

„Haben Sie vergessen, Fräulein Gernsheim, daß unsere Patientin nicht aufgeregt werden darf? Vielleicht ist es am besten, Sie lassen mich jetzt mit der Frau Konsul allein."

Ein flehentlicher Blick aus Magdas angstvollen Augen schien die Zurechtgewiesene halten zu wollen. Aber Eva wandte sich ab, um ihn nicht mehr zu sehen, denn sie hätte ohnedies nicht bleiben können, weil sie nicht die Kraft hatte, sich länger zu beherrschen.

„Ich komme bald zurück, liebste Magda," sagte sie mit erstickter Stimme. „Wenn du nur recht ruhig bleiben willst, wird sich gewiß alles nach deinen Wünschen erfüllen."

Sie eilte hinaus, um sich irgendwo in der Einsamkeit zu verbergen. Aber der tückische Zufall wollte es anders, denn als sie eben an ihres Vaters Arbeitszimmer vorüberhuschen wollte, trat er heraus.

„Gut, daß du mir in den Weg läufst, Kind! Da ist ein Brief von deinem Verlobten, worin er wegen eines Unwohlseins sein heutiges Ausbleiben entschuldigt. Du brauchst nicht zu erschrecken, denn er betont ausdrücklich, daß es sich um etwas ganz Ungefährliches handle, und daß er bestimmt darauf rechne, morgen oder übermorgen ganz wieder hergestellt zu sein. Wenn es dich beruhigt, kann ich ja Dr. Ullmann bitten, heute noch nach ihm zu sehen."

„Ja, ganz wie du es für gut hältst, Papa."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0005

Helgoland wird nicht geräumt.

Berlin, 26. August. Die in einem Berliner Blatte erschienene Meldung, die Räumung der Insel Helgoland wegen der Felseinstürze sei beschlossen worden und die Reise des preußischen Innenministers Severing stehe mit diesem Plan in Verbindung, ist nach amtlicher Mitteilung nichts als ein haltloses Gerücht.

Hilfe für das Mansfelder Hochwassergebiet.

Berlin, 26. August. Der Preußische Staat, die Provinz Sachsen und der Mansfelder Seekreis haben zur Linderung der ersten drückenden Not in den durch das Hochwasser geschädigten Gebieten des Mansfelder Seekreises insgesamt Mittel in Höhe von rund 45 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine erste Hilfe. Verhandlungen über weitere Unterstützungen schweben.

Die Passivität des deutschen Außenhandels.

Berlin, 24. August. Der deutsche Außenhandel zeigt im Juli eine weitere beträchtliche Zunahme der Einfuhr und eine verhältnismäßig geringere Steigerung der Ausfuhr. Die Einfuhr betrug insgesamt 1 179 952 000 Reichsmark gegen 1 069 819 000 Reichsmark im Monat Juni, während die Ausfuhr 756 522 000 Reichsmark gegen 687 712 000 Reichsmark im Juni betrug. Die Passivität der Handelsbilanz steigert sich dadurch im reinen Warenverkehr im Monat Juli auf 411 Millionen Reichsmark gegen 321 Millionen im Juni.

Vor neuen Schiedsverhandlungen im Bankgewerbe.

Berlin, 24. August. Nachdem die Verhandlungen der Gewerkschaft mit dem Reichsverband der Bankleitungen zur Neuregelung der Gehälter ergebnislos verlaufen sind, hat der D. H. V. die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angerufen und die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hat diesem Antrag entsprochen und die Parteien zu Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag im Reichsarbeitsministerium einberufen.

Amerikakredite für die Rentenbank.

Berlin, 20. August. Die Verhandlungen der Deutschen Rentenbank über umfangreiche amerikanische Kredite dauern nun schon ungefähr ein Vierteljahr an, ohne zu einem Ergebnis geführt zu haben. Dennoch können sie, wie man von unterrichteter Seite erfährt, als aussichtsreich betrachtet werden. Vor dem Abschluß von Anleihevertägen ist aber noch die Klärung sehr schwieriger juristischer Fragen notwendig.

Von einem tollen Hund gebissen.

Berlin, 20. August. Der bekannte Boxer Kurt Prenzel hatte einen Unfall, der höchst unangenehme Folgen nach sich zog. Kurt Prenzel wurde von einem tollwütigen Hund gebissen, und muß sich 20 Tage lang im Pasteurinstitut in Berlin täglich einer Schutzimpfung unterziehen.

Französische Luftspionage über Karlsruhe.

Karlsruhe, 20. August. Heute früh kurz vor 8 Uhr erschienen über Karlsruhe vier französische Militärflugzeuge, die aus der Richtung des besetzten Gebietes kamen. Sie überflogen den Rheinhafen und den Karlsruher Flugplatz. Über diesem hielt sich einer der Flieger längere Zeit auf und machte photographische Aufnahmen, während die anderen die Stadt überflogen. Sie setzten dann ihren Flug in der Richtung auf Mannheim fort. Die Badische Luftverkehrsgesellschaft hat dem Bezirksamt über den Vorfall sofort Meldung erstattet.

Ein Inflationsopfer.

Schleiz, 20. August. In Schleiz hat der einstige Besitzer der Schleizer Zeitung, Emil Hoffmann, ein tragisches Ende gefunden. Wegen eines Herzleidens mußte er vor dem Kriege seine Buchdruckerei, in deren Verlag die Schleizer Zeitung erscheint, verkaufen. Da er sein ganzes Vermögen durch den Krieg und die Inflation verloren hat, hat der betagte Mann sich mit Gas vergiftet.

Dollaranleihe für München.

München, 20. August. Nach einem Funkspruch aus Newyork stehen die Verhandlungen der Stadt München mit dem amerikanischen Bankhaus zwecks einer Anleihe kurz vor dem Abschluß. Die Anleihe wird in Höhe von etwa 8,7 Millionen Dollar mit einer 8 %igen Verzinsung aufgelegt werden. Der Ausgabekurs steht noch nicht genau fest.

Das Ende von „U 20".

Kopenhagen, 20. August. Die dänischen Marinebehörden beabsichtigen, sobald es die Verhältnisse auf See zulassen, das Wrack des ehemaligen deutschen Unterseebootes „U 20" in die Luft zu sprengen. Es ist dies jenes deutsche U-Boot, das die „Lusitania" torpedierte. „U 20" ist am 15. September 1916 in der Nähe von Harboore an der Westküste Jütlands untergegangen.

Nah und Fern.

○ **Fliegerabsturz in Staaken.** Auf dem Flugplatz Staaken ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Die Maschine D 415, die von dem Piloten Klippstein gelenkt wurde, stürzte unmittelbar über dem Flugplatz Staaken aus einer Höhe von über 100 Metern ab. Bei dem Aufschlag fing der Motor Feuer. In wenigen Sekunden stand die ganze Maschine in Brand. Der Pilot Klippstein konnte sich nicht retten und wurde ein Opfer der Flammen. Die Maschine selbst ist vollkommen verbrannt.

○ **Aufklärung des Germendorfer Mordes.** Als Mörder des Geldverleihers Lohmeyer in Germendorf wurden die beiden Jugendlichen Kurt Gose und sein Freund Labs aus einem Nachbardorf verhaftet. Kurt Gose kaufte sich vor einiger Zeit bei einem Händler in Oranienburg ein Motorrad, auf das er nur eine Anzahlung leistete. Auf einer Fahrt hatte er Unglück und mußte das Rad zur Ausbesserung dem Händler übergeben. Es wurde ihm erklärt, daß man ihm das Rad nicht eher aushändigen werde, bevor er nicht die Reparaturkosten in Höhe von 90 Mark bezahlt habe. Bei dem Versuch, von Lohmeyer mit vorgehaltener Waffe Geld zur Auslösung des Rades zu erpressen, kam es dann zu einem Kampf, der mit dem Tode Lohmeyers endete.

○ **Schwerer Autounfall — drei Personen getötet, 17 verletzt.** Bei Koblenz verunglückte ein mit 32 Personen besetztes Auto, wobei drei Personen getötet und über 17 verletzt wurden. Es handelt sich um einen großen geschlossenen Aussichtswagen, der eine Reisegesellschaft aus Düsseldorf durch das Ahrtal brachte. Der Wagen kam in einer sehr scharfen Kurve ins Schleudern und überschlug sich.

○ **Ein junges Mädchen erdrosselt.** In der Tann, einem Gehölz hinter der neuen Trainkaserne bei Darmstadt, wurde ein etwa 26jähriges Mädchen erdrosselt aufgefunden. Die Leiche war in einen Teppich gewickelt und nur mit Hemd und Unterrock bekleidet. Die Beine waren zusammengebunden. Der Mord dürfte vermutlich in der letzten Nacht stattgefunden haben. Von dem Mörder fehlt bisher jede Spur.

○ **Tödlich verlaufenes Autounglück bei der Hermannsfahrt.** Bei Detmold geriet anläßlich der Autofahrt rund ums Hermannsdenkmal auf dem Wege zwischen Leopshorn und Dörenkrug der 6-PS.-Ley-Wagen des Fahrers Werner Hein (Dortmund) vermutlich infolge des schlüpfrigen Weges ins Schleudern. Das Auto überschlug sich und wurde gegen einen Baum geworfen. Der Führer war sofort tot, der Beifahrer trug nur geringfügige Kopfverletzungen davon.

○ **Verheerendes Großfeuer.** In dem Ort St. Leon bei Wiesbaden brach ein Großfeuer aus, das mit ungeheurer Schnelligkeit um sich griff. Die Rettungsarbeiten mußten sich auf die Bergung des Viehs und der Bewohner beschränken, da an eine Löschung nicht zu denken war. In wenigen Stunden waren vier große Wohnhäuser und sieben Scheunen mit dem gesamten Inhalt ein Raub der Flammen geworden. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann schwer verletzt. 26 Personen sind obdachlos.

○ **Eröffnung der Gießereifachausstellung in Düsseldorf.** In Düsseldorf wurde die Gießereifachausstellung der Öffentlichkeit feierlich übergeben. Geheimrat Wilms begrüßte insbesondere die Vertreter der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden Dr.-Ing. Werner, Düsseldorf, betonte die ungeheure Kleinarbeit, deren es bedurft habe, um die Ausstellung so außergültig auszugestalten. Vor allem diene die Ausstellung dazu, das Gießereiwesen auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen und den Interessenten neue Anregungen zu geben.

○ **Liebestragödie zweier Jugendlicher.** Der 19jährige Sohn des Hamburger Professors Stettiner erschoß in einem Walde bei Ehrhorn (nahe Wilsede) seine 18jährige Geliebte, ein Fräulein Kaufmann aus Hamburg, und tötete sich dann selbst, nachdem er seiner Geliebten noch einige Messerstiche beigebracht hatte. In einem Abschiedsbrief hatten sie ihre Absicht mitgeteilt, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

○ **Das Fiasko der britischen Reichsausstellung.** Der Plan, Wembley wie im Vorjahre auch in diesem Jahre an Sonntagen zu öffnen, ist nach sorgfältiger Prüfung aller Vorschläge fallen gelassen worden, wahrscheinlich weil die Ausstellung die Hoffnung des Publikums, vor allem aber auch die Erwartungen der Ausstellungsleitung weiter enttäuschte. Die durchschnittliche Besucherzahl beträgt etwa 60 000 gegen 120 000 bis 150 000 Besucher im Vorjahre.

○ **Gemüsetransport durch Flugzeuge.** In London beabsichtigt man zur Versorgung des Lebensmittelmarktes die Einrichtung einer Flugzeugverbindung zwischen London und den normannischen Inseln, wodurch Gemüse und Obst in zwei Stunden auf den Londoner Markt befördert werden könnten.

○ **Die Kosmetik des Verbrechers.** Die internationale Verbrecherwelt beginnt, sich die neuen ärztlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der operativen Gesichtsverschönerungen zunutze zu machen. So hatte sich z. B. die moderne Operationsmethode ein Gentlemaneinbrecher Namens Steffens Hoppe zunutze gemacht, der neulich bei einem mißlungenen Einbruchsversuch in einem Londoner Villenvorort erschossen wurde. Man fand in seiner Tasche die Rechnung eines Newyorker Arztes über 450 Dollar für Ausführung einer „Verschönerungsoperation" an Nase und Kinn.

○ **Gefangenendemonstration in Warschau.** Die kommunistischen Gefangenen im politischen Gefängnis zu Warschau demonstrierten anläßlich der Erschießung der drei zum Tode verurteilten Kommunisten. Das Gefängnis wurde umzingelt. Es wurden mehrere Schüsse abgefeuert. Schließlich wurden mehrere Gefangene verkettet in Einzelzellen untergebracht.

Bunte Tageschronik.

Basel. Im Kanton Glarus entgleiste ein Eisenbahnzug, wobei 46 Personen verletzt wurden.

Paris. Wie aus Rennes gemeldet wird, explodierte in der Nähe von Rennes eine Dreschmaschine, wobei drei Personen getötet und 17 verletzt wurden.

Rom. In der Nähe der Insel Monte Christo stürzte ein Wasserflugzeug ins Meer. Über das Schicksal der Insassen ist nichts bekannt.

London. Die Blätter melden, daß während des Wochenends nicht weniger als 16 Personen den Tod durch Ertrinken fanden.

Newyork. Aus Washington wird gemeldet, daß an der dortigen Universität interessante Versuche über die Möglichkeit stattfinden, ohne Schlaf zu leben. Zwei Studenten sind bereits 85 Stunden wach und bei voller geistiger und körperlicher Frische.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Unschuldig verurteilt.** Ein schwerer Justizirrtum ist in Wilhelmshaven rechtzeitig aufgedeckt worden. Ein dortiger Matrose war am 1. August wegen eines doppelten schweren Sittlichkeitsverbrechens vom Landesschöffengericht in Hamburg zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, trotzdem seine Angehörigen sein Alibi bestätigt hatten. Ihren Angaben hatte jedoch das Gericht keinen Glauben geschenkt. Jetzt hat die Wilhelmshavener Kriminalpolizei den wirklichen Täter, der auch bereits gestanden hat, verhaften können. Der unschuldig Verurteilte ist bereits aus dem Gefängnis entlassen worden und muß von der Oldenburgischen Staatskasse entschädigt werden.

§ **Die Falschmünzerwerkstatt in der Villa „Goldener Friede".** Vor dem Schöffengericht in Schöneberg begann der Prozeß gegen den Buchdruckereibesitzer Emil Keyser, den Kaufmann Max Rackow, den früheren Lehrer Fritz Tretau, den Kaufmann Hans Rey und den Maschinenmeister Hermann Lorenz, die beschuldigt werden, im Jahre 1924 im Keller der Villa „Goldener Friede" in Zernsdorf eine Falschmünzerwerkstatt eingerichtet und in großem Umfange falsche Zehnrentenmarkscheine hergestellt zu haben. Auch die Besitzerin der Villa, die Witwe des Bankdirektors Romeick, die um das Treiben der Angeklagten gewußt haben soll, stand unter Anklage. Nach Schluß der Beweisaufnahme wurde das Urteil verkündigt. Keyser, Rackow und Frau Romeick erhielten drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Lorenz wurde zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Rey und Tretau zu je zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Frau des Konsuls.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

„Das ist Ihre persönliche Ansicht, die begreifliche Ansicht des Freundes. Die Justiz aber hat nicht mit guten oder schlechten Meinungen, sondern mit Tatsachen zu rechnen, Herr Doktor."

„Auch mit Tatsachen kann ich Ihnen dienen. Ich hatte in der letzten Nacht eine längere Unterredung mit Leuenhoff, zu einer Zeit, wo er noch ganz unter dem Eindruck des oben begangenen Verbrechens hätte stehen müssen. Ich habe ihn niemals heiterer und zuversichtlicher, niemals voll kühnerer Zukunftspläne gesehen, als während dieses Gespräches."

„Könnte nicht gerade diese auffällige Heiterkeit gegen ihn zeugen? Könnte sie nicht wohlberechnete Verstellung gewesen sein?"

„Wenn Sie Paul Leuenhoff kennen würden, wie ich ihn kenne, würden Sie auf eine solche Vermutung nicht kommen. Aber ich kann Ihnen aus jener Unterhaltung noch mehr mitteilen. Wohl hatte er in bezug auf Frau Magda Gernsheim schon seit seiner Ernüchterung aus jenem verhängnisvollen Rausche jede gewaltsame Absicht aufgegeben, aber ich hatte bis gestern die Empfindung, daß er noch immer unter seiner hoffnungslosen Liebe zu dieser Dame litt. In der letzten Nacht aber sprach er von ihr wie von etwas völlig Überwundenem — ohne Schmerz und vor allem ohne jeden Groll; niemals war er in seinen Gedanken weiter davon entfernt, ihr etwas Böses zu wünschen, als gerade gestern."

Der Landgerichtsrat machte eine Bewegung mit den Schultern, die hinlänglich verriet, wie wenig er überzeugt sei. „Eindrücke, Herr Doktor, nichts als Eindrücke! Von den Tatsachen, die imstande wären, die vorliegenden Verdachtsgründe zu entkräften, habe ich noch nichts vernommen."

„Verzeihen Sie, aber ich nehme als genauer Bekannter Leuenhoffs wie vor allem als Arzt für meine Beobachtungen dieselbe Bedeutung in Anspruch, wie Sie sie Ihren Kombinationen und Vermutungen beilegen."

„Es handelt sich durchaus nicht bloß um Vermutungen. Hier dieser Revolver, der mit dem Namen Leuenhoff gezeichnet ist und den er auch ohne weiteres als sein Eigentum anerkannt hat, wurde am Tatort gefunden. Er hat dafür keine andere Erklärung geben können als die, daß ihm die Waffe entwendet worden sein müsse. Daß dies sehr wenig glaubhaft klingt, werden Sie doch wohl selbst zugeben."

„Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, Herr Landgerichtsrat, würde mich gerade die Auffindung dieses Revolvers von vornherein mit einigem Zweifel an Leuenhoffs Schuld erfüllt haben. Ein Mörder, der mit so viel Kaltblütigkeit und Berechnung zu Werke geht, daß er sich im Gebüsch versteckt, um einem Opfer aufzulauern, ist doch sicherlich nicht so töricht, die Waffe, die ihn notwendig verraten muß, ohne jeden Anlaß am Tatorte zurückzulassen. Wohl aber könnte ein anderer, der sich auf irgendwelche Weise in den Besitz dieses Revolvers zu bringen wußte, ihn mit wohlüberlegter Absicht fortgeworfen haben, um damit den Verdacht auf seinen Eigentümer zu lenken."

Der Landgerichtsrat verriet nicht, ob diese Ausführung einen Eindruck auf ihn gemacht habe. Er wandte sich an den Konsul mit der Frage: „Gab es Ihres Wissens außer Leuenhoff noch jemand, der Ihre Gattin haßte, oder — verzeihen Sie die seltsam klingende Frage — unglücklich liebte?" „Nein!"

„Das können Sie mit solcher Bestimmtheit doch wohl kaum behaupten, Herr Konsul!" sagte Lettinger. „Sie kennen, soviel ich weiß, Ihre Gattin erst seit einigen Monaten, und Ihre Bekundungen dürften sich deshalb höchstens auf diesen Zeitraum erstrecken."

Rudolf Gernsheim fuhr auf. „Was wollen Sie damit sagen, Herr Doktor? Meine Frau hat keine Geheimnisse vor mir. Es gibt nichts irgendwie Bedeutsames in ihrem Leben, das mir unbekannt wäre."

„Glauben Sie das wirklich?"

„Herr, wenn ich nicht bedächte, wo wir uns befinden —"

„O bitte, keine unnötigen Aufregungen! Ich habe gar nicht die Absicht, Ihre Gattin zu beleidigen. Aber hier handelt es sich um die Ehre und die Existenz eines rechtschaffenen Menschen. Da müssen die Rücksichten der Galanterie doch wohl zurückstehen hinter der heiligeren Pflicht, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Und darum erkläre ich frei heraus, Herr Konsul, daß Sie unmöglich alles wissen können, was in vergangenen Leben Ihrer Frau Anlaß zu späterer Vergeltung gegeben haben könnte."

Es hatte den Anschein, als ob Rudolf Gernsheim sich mit geballten Fäusten auf den Sprechenden stürzen wolle. Aber der Untersuchungsrichter hinderte ihn daran, indem er mit dem ganzen Gewicht der amtlichen Würde sagte: „Ich muß dringend bitten, meine Herren, auf alle derartigen Auseinandersetzungen an dieser Stelle zu verzichten. Es scheint mir in der Tat, Herr Doktor, daß Sie sich in Ihren Äußerungen übereilt haben. Die Beziehungen Ihres Freundes Leuenhoff zu Frau Magda Gernsheim sind durch die von dem Angeschuldigten in allen Punkten bestätigte Darstellung des Herrn Konsuls völlig aufgeklärt worden. Es fällt dabei auch nicht der leiseste Makel auf die Ehre der Dame. Sie kann doch nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß dieser Leuenhoff sie mit seiner unerwiderten Liebe verfolgte, nachdem sie ihm von vornherein keinen Zweifel über die Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen gelassen und ihm niemals irgendwelche Rechte auf ihre Person eingeräumt hatte."

„Das hatte Leuenhoff Ihnen als richtig bestätigt?"

„Ja — ohne jeden Vorbehalt."

Eberhard Lettinger hatte eine niederschmetternde Erwiderung auf den Lippen. Aber er erinnerte sich des Versprechens, das er in dieser Nacht dem unglücklichen Leuenhoff mit seinem Ehrenwort bekräftigt hatte, und er schwieg.

Rudolf Gernsheim aber griff nach seinem Hut. „Sie entschuldigen, Herr Rat, wenn ich nicht einer weiteren Unterhaltung mit diesem Herrn entziehe."

Und mit einem funkelnden Blick auf den jungen Arzt ging er hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal, am Mittwoch Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher.)
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteile 15 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 69. **Sonnabend, den 29. August 1925.** **28. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Beschlüsse der Reichsregierung zur Preissenkung sehen scharfe Maßnahmen gegen Auswüchse des Kartell- und Preiskonventionswesens vor.

* Reichspräsident von Hindenburg hat dem Obermeister Plate zu seinem 25jährigen Jubiläum als Vorsitzender des Deutschen Handwerker- und Gewerbekammertages eine bronzene Adlerplakette mit ehrendem Handschreiben verliehen.

* Durch Notverordnung hat die Regierung des Freistaates Sachsen eine sofort in Kraft tretende Amnestie für politische Vergehen verkündet.

* Die Stockholmer Kirchenkonferenz will ihre Stellung zu den internationalen Fragen und zu dem Völkerfrieden in einer „Botschaft an die Christenheit" zum Ausdruck bringen.

* In Paris ist die deutsche Antwort mit der Zustimmung zu juristischen Vorverhandlungen in der Sicherheitsfrage eingetroffen, die Montag beginnen sollen.

Mündliche Verhandlungen.

Mit der Bekanntgabe der französischen Note über die Sicherheitsfrage in Berlin kann vorerst der Notenwechsel in der Frage des Sicherheitspaktes als abgeschlossen gelten. Die französische Regierung hat dies selbst in ihrem Schriftstück zum Ausdruck gebracht, indem sie auf das Wünschenswerte mündlicher Verhandlungen hinwies. Der französische Botschafter sprach bei der Überreichung des Dokuments noch besonders den Wunsch aus, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens möglichst bald zu Vorerörterungen zusammentreten möchten, damit nach Beendigung dieser juristischen Besprechungen die Außenminister der Staaten die Verhandlungen fortführen könnten. Dem stimmte die deutsche Regierung zu und sandte sofort eine kurze Antwort nach Paris ab, worin sie ihre Bereitwilligkeit zu unverbindlichen juristischen Vorsprechungen bekundete. Gleichzeitig bestimmte sie den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte, Dr. Gauß, zu den Verhandlungen, die, wie es heißt, schon am nächsten Montag in London beginnen sollen. Dort soll die formelle Grundlage für eine Zusammenkunft der Außenminister geschaffen werden.

*

Standpunkt der Reichsregierung.

Zu dem ersten Eindruck, den die französische Note in Berliner Regierungskreisen hervorgerufen hat, wird uns aus politischen Kreisen auf Grund der halbamtlichen Darlegungen geschrieben:

Wenn man nicht nur die Note selbst betrachtet, sondern auch die Begleitumstände mit berücksichtigt, so kann man, wenn man optimistisch veranlagt ist, zu der Ansicht gelangen, daß hier zwei Dinge nebeneinander herlaufen, einmal die Note selbst und dann die mündlichen Verabredungen, die bei der Übergabe getroffen wurden. In diesem Falle dürfte der letzteren Tatsache die größere Bedeutung zukommen. Denn während die Note sich über die in Angriff zu nehmende Juristenkonferenz nur undeutlich ausdrückt, sollen sowohl der französische Botschafter wie auch die Vertreter Englands und Belgiens bestimmte Vorschläge in dieser Beziehung gemacht haben. Der Note selbst käme dann nur die Rolle eines Beruhigungsschreibens zu, dazu bestimmt, die Hauptschreier im französischen Lager zu besänftigen.

Da die deutsche Regierung es selbst für unzweckmäßig hält, den Notenwechsel fortzusetzen, so hat sie natürlich davon abgesehen, sich noch einmal ausführlich gegenüber der französischen Regierung zu äußern. Sie hat es aber nichtsdestoweniger für erforderlich gehalten, wenigstens der deutschen Öffentlichkeit ihre Meinung über die schwebenden Fragen zu sagen. Dabei wird zuerst hervorgehoben, daß die diesmal in der französischen Note vertretene Anschauung in einer weniger starren Form zum Ausdruck kommt, als es früher der Fall war. Es wird ihr also eine gewisse Höflichkeit attestiert. Über den sachlichen Wert scheint man sich aber in maßgebenden deutschen Kreisen noch im unklaren zu sein. Man betont, daß die einzelnen Wendungen der Note ausdeutungsfähig sind und sowohl zur optimistischen wie zur pessimistischen Auslegung hin Raum geben.

Sehr ausführlich beschäftigt sich die deutsche Verlautbarung mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Daraus kann man erkennen, daß die Reichsregierung auf ihrem alten Standpunkt stehenbleibt. So wird der in der französischen Note erhobene Vorwurf zurückgewiesen, daß das Fernbleiben Deu[illegible] Völkerbunde die allgemeine Abrüst[illegible] dere. Dadurch, daß das in Versailles schon[illegible] langen Deutschlands, in den Völkerbund [illegible] zu werden, zurückgewiesen wurde, hätten sie [illegible] ihrer eigenen Ansicht nach die Alliierten [illegible] Grundlage beraubt, durch die Zugehörigkeit [illegible] die Idee der allgemeinen Abrüstung prak[illegible] führen. Gegenüber der französischen Verwe[illegible] lands wegen seiner Vorbehalte an den Bö[illegible] die Richtigkeit der Tatsache zugegeben, da[illegible] zwischen Deutschland und dem Völkerbund [illegible] werden müsse. Sehr richtig ist aber auch d[illegible] daß Frankreich und England doch dort übe[illegible] denden Einfluß verfügten, der nur ausgenü[illegible] brauchte, um Deutschlands Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nicht ohne Geschick wird dann noch einmal der deutsche Standpunkt in der Frage der moralischen Schuld und der Forderung nach kolonialer Betätigung unterstrichen.

Mit besonderem Nachdruck wird schließlich hervorgehoben, daß es mit dem Gedanken der Versöhnung und Verständigung, dem doch der Sicherheitspakt dienen soll, schwer vereinbar ist, wenn die erste rheinische Zone aus so nichtigen Gründen noch immer besetzt ist. In nicht mißzuverstehender Weise heißt es, daß das Zusammen[illegible] [illegible]cht möglich ist, wenn diese Frage [illegible]löst wird. Je früher, so heißt es, [illegible] endgültigen Verständigung beiei[illegible] [illegible]erde dadurch auch diejenige Ein[illegible] Volkes gewonnen werden, die die [illegible]ung dafür sei, daß die Bemühungen [illegible] dieser Frage auch von dem Willen [illegible]hrheit des deutschen Volkes ge-

*

[illegible]ng und Kölns Räumung.

[illegible]en deutschen Mitteilung heißt es [illegible] Deutschland glaubt erwarten zu können, daß dieser Einfluß Frankreichs und seiner Alliierten auch dazu benutzt werden wird, um bezüglich des deutschen Standpunktes in der Frage der tatsächlichen Gleichberechtigung Deutschlands dessen berechtigten Wünschen zu entsprechen. Deutschland fordert keine Sonderrechte für sich, sondern wünscht, daß für alle Völker, die in der gleichen Lage sind wie Deutschland, der Gesichtspunkt ihrer allgemeinen Entwaffnung oder der Gesichtspunkt der geographischen und wirtschaftlichen Lage bei Fragen der Völkerbundexekutive entscheidend berücksichtigt wird. — Die Verhandlungen über das Zustandekommen des Sicherheitspaktes stehen unter dem Gesichtspunkt der Versöhnung und

Regierungsschritte zur Preissenkung

Verbot preistreibender Abreden.

Berlin, 28. August.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den verschiedensten in Frage kommenden Körperschaften und Vertretern der Wirtschaft haben nunmehr zum Erlaß bestimmter Verordnungen geführt, die jetzt amtlich bekanntgegeben werden. In erster Linie sind die Maßnahmen gegen Auswüchse der Kartelle gerichtet. Auch die Reichsbank hat dahin Beschluß gefaßt, die Regierungsschritte gegen Mißstände bei den Kartellen und sonstigen Preiskonventionen zu unterstützen.

Die Verfügungen richten sich in erster Linie gegen Verabredungen innerhalb bestimmter Gewerbe- und Industriegruppen, die geeignet sind, Preise zu übersteigern oder zu hohe Preise aufrechtzuerhalten. Auch in dieser Beziehung einflußreichen Einzelunternehmungen soll entgegengetreten werden.

Die Beschlüsse

behandeln das zu beobachtende Vorgehen und besagen:

Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflußreichen Einzelunternehmungen ausgehen, werden künftig alle Machtmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden, und zwar auch dann, wenn diese Kartelle usw. sich nur auf Teile des Reichsgebietes, zum Beispiel nur auf einzelne Länder oder Gemeinden, erstrecken.

Dabei soll dieses behördliche Einschreiten nicht nur im Verwaltungswege, sondern auch im weiteren Umfange, als dies bei der bisherigen Wirtschaftslage notwendig war, durch Klage vor dem Kartellgericht erfolgen. Klauseln, die ein preissteigernde Wirkung haben können oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schädlich sind, werden künftig im Sinne des § 4 der genannten Verordnung als die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl schädigend angesehen werden. Hierzu gehören u. a.: Repartierungsklauseln, Goldklauseln, G[illegible] klauseln, Klauseln, die eine gleitende oder fre[illegible] bewegung zum Ziele haben, Treurabattklause[illegible] die Preisbildung der folgenden Wirtschaftsst[illegible] keits- und Ausschließlichkeitsklauseln. Falls [illegible] dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügende[illegible] wird die Reichsregierung den gesetzgeben[illegible] eine entsprechende Verschärfung der [illegible] ordnung vorschlagen. Insbesondere wird [illegible] änderung der genannten Verordnung derart [illegible] nommen, daß im Verkehr mit Lebensmittel[illegible] Beschlüsse der in § 1 der genannten Verordn[illegible] Art von jedem Beteiligten auch ohne wichtige[illegible] los gekündigt werden können, wenn sie [illegible] über die Art der Preisfestsetzung oder die [illegible] Preisen für Lebensmittel enthalten.

Herstellung der freien Konkurrenz, keine Geschäftsaufsicht mehr.

Das Reich wird in Anknüpfung an bereits ergriffene Maßnahmen innerhalb der Reichsressorts mit den Ländern und Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfange wieder zur Geltung kommt. Die Einführung einer Pflicht zur Bekanntgabe aller bei Abgabe der Offerten eingegangenen Preisbindungen wird dazu erforderlich werden. Vereinbarungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gesetzlich unter Strafe gestellt werden. Den gesetzgebenden Körperschaften wird ein Gesetzentwurf zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht, die mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 zur Abwendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursänderung vorgelegt werden.

Herabminderung der Zinssätze.

Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldsätze entsteht, vielmehr der Antrieb für ihre Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden, wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundsätze bei der Ausleih[illegible] öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten.

Aufforderung an die Bevölkerung.

Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten, auf, im eigensten Interesse die eingeleitete Gesamtaktion zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Auswirkung der Steuerermäßigungen, insbesondere der Umsatzsteuer auf 1%, in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitestgehende Unter[illegible] [illegible] Ressorts werden Verhandlungen in [illegible]en.

*

[illegible]fe der Reichsbank.

[illegible]rektorium hat dazu folgenden Be[illegible] Reichsbankdirektorium ist den Maß[illegible] der Reichsregierung in der Rich[illegible] in vollem Umfange beigetreten und [illegible]g derselben in seinem Dienstbereich [illegible]terstützung leisten. Insbesondere [illegible] bei ihrer Kreditpolitik auf Aus[illegible]elle und Preiskonventio[illegible]geben und erforderlichenfalls ent[illegible] ergreifen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719250829-16/fragment/page=0007